

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 108

Febr./März 2022



Neues aus der Wegwerfgesellschaft

INHALT

Abfallbilanz in Corona-Zeiten	
Weit entfernt von Zero-Waste	3
Stadt verkauft Kita-Grundstücke	
Konzerngebaren weitet sich aus	5
Kundgebung gegen Querdenker-Manifestationen	
KLAR denken statt QUER denken!	6
AKH-Vorstand weiter auf Lohnraubkurs	7
„Fortschritts-Ampel-Plus“ auch im Kreistag	8
"Die Personalsituation geht an unsere Substanz"	
Interview zu Betriebsratsgründung	9
Winsen – Neubaugebiete ohne Gasanschluss	11
Erstmals Klimaheld:innen-Preis vergeben	11
Meldungen	12
Laternengespräche: Ablehnungskultur	14
Neue Rüstungsrekorde – Rheinmetall ist dabei	16
Atomenergie führt nicht aus der Klimakrise	17
Istanbul Konvention auch lokal stärken	19
Buch: Grenzregime und Brutalität	20
revista im Gespräch mit Mischa Kopmann	
Things have changed	21
Bomann-Museum – Vom Wert der Kleidung	
1:Blicke in Schmidts Kleiderschränke	22
Alarmsignal – Ästhetik des Widerstands	25
Stolpersteine für Otto Elsner und Heinrich Schang	28
Stoppt die CO ₂ -Bepreisung die Klimakatastrophe?	29
Kino & Politik & Kultur - Termine	32



Liebe Lesende,

die Pandemie hat uns ein weiteres Mal an der Durchführung des Kneipen-Quiz gehindert. Wir hoffen, im Frühjahr endlich an den Start zu können – mehr im nächsten Heft.

Ansonsten hoffen wir, wieder ein Heft zusammen geklopelt zu haben, das euch – meinungsstark wie immer – mit Informationen versorgt, die ihr woanders so nicht bekommt.

Ach ja: Wir würden uns mal über Reaktionen eurerseits freuen & sei's nur ein knappes „Weiter so!“.

Bedanken wollen wir uns mal bei jenen politischen Streetart-Künstler:innen, die uns mit ihren Motiven bei der Illustration der Hefte helfen. Ein Werk hat es diesmal ja sogar auf den Titel geschafft.

Das nächste Heft gibt es dann im April – Redaktionsschluss ist der 16. März.

Wer uns mal wieder finanziell unterstützen will, findet die Kontonummer unten im Kasten.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Abfallbilanz für Celle – neue Rekorde

Die Pandemie-Maßnahmen hatten Folgen für das Abfallaufkommen der privaten Haushalte in Deutschland: Insgesamt stieg das Pro-Kopf-Aufkommen um 19 kg von 457 auf 476 kg im Jahr – oder 4 Prozent. Im Landkreis Celle wuchs die Menge des Siedlungsabfalls um 35 kg von 531 auf 566 kg pro Kopf und Jahr (6,6 %).

Erklären lässt sich das vor allem durch „Corona“-Aktivitäten wie Renovieren oder Aufräumen („Ausmüllen“) und die Verlagerung von Essenszubereitung in die eigene Küche (Stichwort: „Home-Office“). Beim Sperrmüll gab es einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um gut 15 %, beim Sperrmüll (Holz) um knapp 43 % (zusammen 13 kg pro Kopf und Jahr mehr). Bei den haushaltsrelevanten Sparten (also Hausmüll, Altglas, Leichtverpackungen und Bioabfall) waren es zusammen nochmal 18 kg, die gegenüber 2019 dazugekommen waren.

Abfall wird nicht weniger, aber zu Wertstoff

Trotz aller Vermeidungsrhetorik der letzten Jahre – vermieden wird Abfall nicht: Bei der Gesamtmenge an Siedlungsabfällen sind im Jahr 2020 in Celle erstmals seit 2007 wieder mehr als 100.000 Tonnen zusammengekommen. Vieles davon hat aber als sogenannter "Wertstoff" eine Aufwertung erfahren.

Der Müllberg wird nicht kleiner, aber es landet etwas weniger davon in der Restmülltonne. Lag die Recycling-Quote 1990 bei 40 %, so liegt diese seit gut zehn Jahren bei ungefähr 60 %. Ziehen wir davon die „recycelten“ Leichtverpackungen wieder ab, geht etwa die Hälfte in die Müllverbrennungsanlagen. (Und wird uns als klimafreundliche thermische Verwertung verkauft, da die so stattfindende Stromerzeugung eine Erzeugung durch fossile Rohstoffe ersetze.)

Müllverbrennung statt Deponierung war die erste gro-

ße Veränderung, die zweite besteht im Ausbau des Recyclings. Voraussetzung dafür ist die Mülltrennung. Die Abfallbilanz des für den hiesigen Müll zuständigen Celle Abfallzweckverband (ZAC) weist hier widersprüchliche Entwicklungen auf.

Bilanz einzelner Sektoren

Je mehr getrennt wird, desto weniger **Hausmüll** sollte es eigentlich geben. Aber: Im Jahr 2000 hatten wir 23.000 Tonnen und im Jahr 2020 waren es 22.571 (allerdings ein langjähriger Höchststand). Der Landkreis Celle liegt mit 176 kg pro Einwohner:in und Jahr übrigens deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt (156 kg).

Beim **Altpapier** ist die Gesamtmenge seit 2015 rückläufig. In der vorhergehenden Dekade war sie Jahr um Jahr gewachsen, insbesondere durch verstärkte Nutzung der Altpapier-tonne. Aktuell sind es gut 13.000 Tonnen, von denen etwa 80 % in der Tonne, der Rest durch Selbstanlieferung und (mit abnehmender Tendenz) durch Vereinssammlungen zusammenkommen.

Beim **Altglas** gab es zwischen 1999 und 2006 einen deutlichen Rückgang um 45 %. Einen großen Anteil daran hatte die Umstellung von Einweg- und Mehrweg-Glasflaschen auf Kunststoffflaschen, bei gleichzeitiger Minderung der Mehrwegquote, was letztlich zu mehr Kunststoffabfall führte. Seitdem schwankt das eingesammelte Altglas konstant um die 5.000 Tonnen-Marke.

Seit 2015 gibt es einen starken Anstieg der sogenannten **Leichtverpackungen**, die aus Kunststoffen und Verbundstoffen, Aluminium oder Weißblech u.a. bestehen. Im Jahr 2020 gab es mit knapp 8.000 Tonnen einen neuen Höchststand, 17 % mehr als 2015. Hier zeigt sich beispielhaft ein Dilemma: Wächst die Menge, weil die Verbraucher:innen besser trennen und/oder weil im Haushalt



größere Mengen anfallen? Wobei jenseits der Propaganda der Industrie des „Gelben Punkts“ klar ist: Nachhaltig ist bei der Verwertung hier nur wenig. Vor allem, weil sich die Verbundverpackungen weder energetisch, noch ökologisch, noch wirtschaftlich recyceln lassen.

Mit 6.762 Tonnen hatte der **Bioabfall** einen langjährigen Höchststand. Von 2009 bis 2019 schwankte die jährliche Gesamtmenge zwischen 6.000 und 6.300 Tonnen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren es im Durchschnitt gut 20 % mehr.

Einen neuen Höchststand gab es auch beim **Grünabfall** mit 17.248 Tonnen. Hier war die Menge in den letzten fünf Jahren relativ stabil, wobei gegenüber 2005 eine Verdoppelung zu verzeichnen ist (insbesondere in der Zeit zwischen 2004 und 2014).

Die letzte mengenmäßig große Fraktion ist der **Sperrmüll**. Hier gab es 2020 mit 11.392 Tonnen ebenfalls einen neuen Höchststand. Und auch hier ist in den letzten 15 Jahren eine Verdoppelung zu verzeichnen.

Wegwerfgesellschaft – kein Ende absehbar

Die Müllabfuhr früherer Tage ist zur Abfallwirtschaft geworden. Und die Gesellschaft hat ein ruhiges Gewissen, da sie ja trennt. Gleichzeitig führt eine unhinterfragte Konsumkultur zu stetig steigenden Abfallmengen.

Sinnvoll ist sicher die Kompostierung von Bio- und Grünabfall, wobei es schon ein Ziel sein sollte, die Menge dadurch zu verringern, dass weniger Lebensmittel in den Müll kommen.

Beim Altglas könnten Mehrwegsysteme die Menge verringern. Aber das geht wahrscheinlich gegen den Markt nur mit Regulierung – also einem Verkauf von Getränken und in Glas verpackten Lebensmitteln nur noch über den Pfandweg und echte Mehrwegsysteme.

Und so blöd das jetzt klingen mag: Vielleicht sollte es diese Zeitung nicht mehr gedruckt geben ... Doch wahrscheinlich ist es nicht einmal der Lesestoff, der die Abfallbehälter zuvörderst füllt, sondern auch hier Verpackungen, die zu großen Teilen nur der Bewerbung des Produkts bzw. dem Lieferhandel geschuldet sind.

Der Sperrmüll ist zumeist ja schon beim Kauf dazu verdammt, genau das zu werden. Möbel, die keine zwei Umzüge überleben, dürften weder hergestellt noch verkauft werden. Und ist wirklich alle 10 bis 15 Jahre eine neue Küche oder Wohnzimmereinrichtung nötig?

Über die Kreislaufwirtschaft zu Zero-Waste?

Der Abfallwirtschaft ist zugute zu halten, dass sie technisch in den vergangenen Jahren viel in Sachen Effizienz von Behandlung und Verwertung getan hat. Abfallvermeidung mit Ziel, sich am Ende selbst überflüssig zu machen, liegt aber jenseits ihrer Möglichkeiten.

Und da half auch wenig, das Abfallgesetz zu einem Kreislaufwirtschaftsgesetz zu reformieren, denn von einer Kreislaufwirtschaft ist in der Wirklichkeit nur wenig

Restabfallgebühr steigt

Die Müllgebühren sind zum 1.1.2022 gestiegen. Die Grundgebühr wird je Restabfallbehälter um 7,30 € pro Jahr von derzeit 83,95 €/a auf 91,25 €/a angehoben. Die Erhöhung von 8,7 % relativiert sich aber mit einem Blick auf die Gesamtgebühren. Denn erstens bleibt die Mindestentleerungsgebühr für 240 Liter Bestandteil der Grundgebühr, d.h. bei einer 120-Liter-Tonne sind zwei Leerungen „frei“. Zweitens bleibt die Gebühr für die einzelne Leerung gleich. Also für die einzelne Leerung einer 120-Liter Restabfalltonne werden 9,12 € fällig, bei einer 240-Liter-Tonne 18,24 €.

Beispiel: Für einen Haushalt mit einer 120-Liter Restabfalltonne mit 10 Leerungen pro Jahr steigt die Jahresgebühr von bisher 156,91 € auf 164,21 €, also um genau die 7,30 € Erhöhung für die Grundgebühr, was unterm Strich dann aber eine Erhöhung von 4,7 % ausmacht.

Für Biomüll- und Altpapierentonnen werden weiterhin keine Grundgebühren erhoben. Bei der Biotonne bleibt auch die Leerungsgebühr gegenüber den Vorjahren gleich.

zu finden. Um dahin zu kommen, bedarf es nicht des guten Willens der Einzelnen, sondern vor allem und zuerst staatlicher Regulierung der Wirtschaft.

Die grüne Bundestagsfraktion hat im September 2020 eine „Strategie für eine ressourcenleichte, giffreie und klimaneutrale Kreislaufwirtschaft“ erarbeitet, die Kreislaufwirtschaft ernst nimmt, also mehr will als das Greenwashing, was die Abfallwirtschaftsdiskussion prägt. Hier geht es z.B. Vermeidung im Sinne direkter Wiederverwendbarkeit (Mehrweg-Systeme) bzw. um Verlängerung und Haltbarkeit von Produkten. Aber im Koalitionsvertrag findet sich davon leider wenig bis nichts.

Wie so oft geht es also darum, dass gesellschaftlicher Druck gefragt ist, um eine Wende herbeizuführen. Und da kommt auch die kommunale Ebene ins Spiel.

400 Zero-Waste Cities in Europa

Fast 400 europäische Städte und Gemeinden haben sich zu Zero-Waste-Cities (also Null-Abfall-Städte) erklärt – in Deutschland z.B. Kiel, München, Regensburg. Sie verfolgen das Ziel, Verschwendung zu vermeiden und Abfälle aus dem Verkehr zu ziehen – nicht durch Verbrennung oder Deponierung – sondern durch die Schaffung und Implementierung von Systemen, die überhaupt keine Abfälle erzeugen; siehe: <https://zerowastegermany.de/>

Darüber mehr in einem der nächsten Hefte, denn es ist zu hoffen, dass das *Klimabündnis* im Kreistag und die *Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt* im Rat Initiativen in dieser Richtung ergreifen. – Und wer sich individuell müllfrei machen will, findet auf dieser Seite, interessante Hinweise: <https://www.zero-waste-deutschland.de/>

<https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-kreislaufwirtschaft.pdf>

KLAR denken statt QUER denken!

An die 300 Menschen versammelten sich Mitte Januar auf dem Großen Plan, um ... ja, um zumindest gegen das Celler Querdenker-Milieu zu zeigen, dass „Celle-steht-auf“ nicht mehr repräsentiert als sich selbst.

Auf Seiten der Veranstalter:innen sprachen Daniel Wagner (Die Linke), Ralf Müller (IG Metall), Wilfried Manneke (Netzwerk Südheide) und Manuela Mast (Aktionsbündnis Gelebte Demokratie). Sie riefen dazu auf, den sogenannten Querdenkern nicht auf dem Leim zu gehen, sondern im Gegenteil ihren "Erzählungen" zu widersprechen, und den Gedanken der Solidarität ins Zentrum gesellschaftlichen Handelns zu stellen.

Wilfried Manneke, engagiert im „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“ und im Kirchenkreis Celle Beauftragter für den Themenbereich „Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“, widmete sich in seinem Beitrag dem Problem, dass die Querdenker nach rechts offen sind wie ein Scheunentor (die Rolle der AfD für die lokale Szene blieb leider ausgespart, obwohl sie wahrscheinlich wichtiger ist, als die Neonazi-Beteiligung) :

„Die Nachricht, dass der bekannte Neonazi, Dennis Bührig, an den sog. Spaziergängen in Celle teilnimmt, lässt uns aufhorchen. Bührig ist für uns ja kein Unbekannter. Er war Kopf der Neonazi-Kameradschaft Celle 73. Jahre lang hat er auch die rechtsextremen Treffen auf dem Hof Nahtz in Eschede mit organisiert. [...] Vermutlich ist Bührig nicht der einzige Neonazi, der bei den Querdenkern in Celle mitmarschiert. An fast jedem Ort in Deutschland unterwandern Rechtsextreme inzwischen die Corona-Protestbewegung. Auffallend ist, dass die Bewegung sich dagegen nicht wehrt. [...] Immer wieder gibt es Absprachen zwischen Rechtsextremen und den Organisatoren der „Querdenker“-Szene. So versteht sich inzwischen die gesamte rechtsextreme Szene als Teil der Corona-Protest-Bewegung. [...] Kenner der Szene meinen, dass sich die Corona-Protestbewegung inzwischen so verfestigt hätte, dass die Themen bereits austauschbar wären. Wenn es nicht mehr um die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus geht, dann geht es um die vermeintliche Klimalüge. Darüber wird in der Querdenker-Szene ja auch schon diskutiert. [...] Wir dürfen die Zumutungen der Querdenkerbewegung nicht weiter hinnehmen - und die Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, nicht länger ignorieren. Wir sind aufgefordert, klar hinzusehen, klar zu reden und klar zu handeln. Wir können uns nicht länger heraushalten, wo wir rechtspopulistische oder rechtsextreme Meinungen hören. Wir müssen Stellung beziehen.“

Darüber bestand dann wahrscheinlich auch bei allen Teilnehmenden eine hohe Übereinstimmung. Die uneingeschränkt positive Bezugnahme auf „Demokratie“ und



„Wissenschaft“ im Aufruf und auch in den Kundgebungsreden zeigte gleichzeitig die Schwierigkeiten des Gegen-Protests. Oder anders gesagt: „Klar denken“ kann eben auch bedeuten, manche Maßnahmen für falsch zu halten, kann bedeuten wahrzunehmen, dass gesellschaftliche Beteiligung eher unerwünscht ist, kann bedeuten, einen kritischen Blick auf die Parteilichkeit (und Instrumentalisierung) von Wissenschaft zu behalten, kann bedeuten zu thematisieren, dass die Krise eine (a-)soziale Seite hat usw.

„Gelebte Demokratie“ – so das Label des Bündnisses – war und ist eigentlich genau das, was die Bearbeitung der Pandemie vermissen lässt. Kritik wäre aber auch etwas ganz anderes als die narzisstische Besserwisseri der Querdenker-Bewegung.



Stadt verkauft Kita-Gebäude und -Grundstücke

Am Ende hatte OB Nigge nur noch eine kleine Minderheit gegen seinen Plan, die zehn im Eigentum der Stadt befindlichen Kindertagesstätten an die allerland Immobilien GmbH (vorher: Städtische Wohnungsbau GmbH – WBG) zu verkaufen: Sechs Gegenstimmen und eine Enthaltung, zwei von Die Linke/Zukunft Celle, zwei von der AfD sowie interessanterweise dem SPD-Fraktionschef Engelen und dem Ex-Grünen-Fraktionschef Zobel.

Die Stadt hat also Eigentum an ihre 100 %-ige Tochter verkauft, um sie künftig anzumieten. Die Stadt bekommt dafür als Kaufpreis in den nächsten drei Jahren insgesamt 9,3 Millionen Euro. Der primäre Zweck wurde von Nigge offen kommuniziert: Angesichts der hohen Verschuldung will sich die Stadt so Spielräume für Investitionen verschaffen.

Nebenbei wurde dann noch die Behauptung in den Raum gestellt, dass der vereinbarte Mietzins von 9 Euro pro qm unterhalb der bisherigen Eigenbewirtschaftungskosten läge, die mit 9,47 Euro pro qm berechnet wurden (in Summe gut 860.000 Euro pro Jahr). So ergäbe sich eine jährliche Einsparung in Höhe von 42.900 Euro.

Linke Tasche, rechte Tasche – und eine win-win-Situation?

Folgende Aspekte wurden nicht diskutiert:

1.) Folgen wir der „Konzern“-Logik, so müsste wohl auch betrachtet werden, dass die allerland Immobilien GmbH den Kauf selbstverständlich mit einem Kredit finanzieren muss. Dafür fallen Zinsen an. Deren Höhe bleibt unbekannt und unberücksichtigt.

2.) Die Argumentation der Verwaltungsspitze (oder sollen wir sagen – des Konzernvorstands) hinsichtlich der sogenannten Einsparungen steht auf wackeligen Füßen. Stelleneinsparungen sind nicht wirklich zu erwarten. Gegen kritische Nachfrage wappnet man sich schon jetzt mit dem Flexi-Argument: Aufgabenzuwachs an anderer Stelle.

3.) Auf die Idee, die indirekt Betroffenen – also Kita-Beschäftigte und Eltern – mal zu fragen, kam niemand.

4.) Zur künftigen Situation der Beschäftigten zum Beispiel in der Gebäudereinigung und den Küchen gab es keine Nachfragen, also auch keine Antworten.

Der Konzern-Vorstand spielte sogar hinsichtlich zukünftiger Projekte mit offenen Karten: *„Der Verkauf der Kindertagesstätten-Grundstücke kann ein Pilotprojekt für die Realisierung weitergehender Synergieeffekte zwischen der Stadt Celle und der allerland Immobilien GmbH sein.“* Will die Konzern-Spitze also auch Grundschulen und das Rathaus selbst an ihre Immobilien-Firma verkaufen und von ihr verwalten lassen?

In der Ratssitzung äußerte allein *Die Linke/Zukunft Celle* Kritik und begründete die Ablehnung des Verkaufs zusammenfassend so: *„Wir halten wenig davon, die Stadt als Konzern auszurichten. Wir wollen, dass die Stadt eine transparente und nachvollziehbare Haushaltsführung betreibt - ohne Finanztricks. Wir wollen, dass die Stadt sich am Gemeinwohl orientiert. Und das gerät bei solchen Geschäften zunehmend unter die Räder.“*

Abschließend noch ein Blick in die Zukunft: Das Gewerbeimmobilien-Beratungsunternehmen Cushman & Wakefield hat vor kurzem ein Gutachten vorgelegt; Titel: *„Der Kita-Immobilienmarkt in Deutschland“*. Im Vorwort heißt es: *„In den vergangenen Jahren weckten Kindertagesstätten zunehmendes Interesse institutioneller Immobilieninvestoren.“* Dabei geht es zwar vor allem um Neubauten. Aber für die nächste große Krise hat die Stadt Celle so immerhin schon ein interessantes Objekt-Paket.

ÖPNV soll CO2-frei werden

In Vorbereitung auf die nächste Ausschreibung der ÖPNV-Leistungen im Landkreis Celle 2025 wird derzeit ein Gutachten ausgeschrieben, das sich mit der sogenannten Dekarbonisierung des ÖPNVs im Landkreis befassen und damit die Basis für den Einstieg in den emissionsfreien ÖPNV darstellen soll. *„Die Untersuchung dieser Frage, insbesondere welche Antriebstechnologie gewählt werden soll, ist aus Sicht der Verwaltung notwendig, da hiermit erhebliche Folgekosten, insbesondere im Zusammenhang mit der notwendigen Infrastruktur, verbunden sind“*, meint Landrat Flader. - Wir erinnern uns, auf wie viel Ignoranz eine entsprechende Forderung von Climate Watch Celle noch im Mai 2020 stieß. Na gut, die Initiative zielte auf eine Anschaffung von E-Bussen – ohne den Umweg über ein Gutachten zu nehmen, dass auch Wasserstoffantriebe einbezieht. Wir werden sehen.

Altstädter Schule

Asbest verteuert Sanierung

Die Sanierung der Altstädter Schule verzögert sich nicht nur, sie wird auch erheblich teurer. Denn: Es wurde eine Asbestbelastung der vorhandenen Innenputzflächen festgestellt. Die zusätzlichen Kosten für die Asbestbeseitigung können sich auf bis zu 2,8 Mio. Euro belaufen. Dazu kommt: Die Sprachheilschule kann nicht wie vereinbart zum Schuljahr 2023/2024 umziehen. Wahrscheinlich werden für die Übergangszeit mobile Raumzellen in Hambühren bereitgestellt, was nochmal rund 800.000 Euro kostet. Zwischen dem Landkreis und der Stadt, die das Schulgebäude an den Kreis verkauft hat, wird jetzt verhandelt, wie die zusätzlichen Kosten aufgeteilt werden.



Fotos: Jürgen Elendt

Bleibt AKH-Vorstand auf Lohnraub-Kurs

Eigentlich ist alles klar: Aus juristischer Sicht muss der AKH-Vorstand die Ausgliederung von Beschäftigten aus Reinigung, Küche und Logistik in eigene Betriebe zurücknehmen. Jedenfalls, nachdem er im Dezember angekündigt hat, die Berufung gegen Kündigungsschutzklagen vor dem Landesarbeitsgericht Hannover zurückgezogen und damit die Beschlüsse des Arbeitsgerichts Celle vom Juli anzuerkennen.

Juristisch scheint sicher, dass es sich bei Ausgliederung in die AKH Facility GmbH und die AKH Catering GmbH um einen Betriebsteilübergang (§ 613a BGB) handelt. Es gilt als ein Wechsel in der „Person des Arbeitgebers“, während das Arbeitsverhältnis im übrigen aber unverändert fortbesteht. Abweichende Vereinbarungen sind unwirksam, wenn sie zulasten der Arbeitnehmer:in gehen. Genau das aber hat die AKH-Gruppe gemacht, und das ist, was das Celler Arbeitsgericht „rechtsmissbräuchlich“ nannte.

Doch der AKH-Vorstand und auch der neue Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Axel Flader, scheinen sich nicht um die Konsequenzen ihrer Entscheidungen scheuen zu wollen. Unbeeindruckt von den Protesten (siehe Foto) verkündete Flader nach der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats: „Nur durch die Umstrukturierung in den tertiären Bereichen des Krankenhauses konnten die Arbeitsplätze in der AKH-Gruppe insgesamt gesichert werden.“ Keine Einsicht, dass dieser Versuch offensichtlich gescheitert ist. Mit erheblichen Kosten übrigens, für die der Vorstandsvorsitzende, also Dr. Martin Windmann, seinen Kopf nicht hinhalten will.

Die Cellesche Zeitung hat dieses Vorgehen als „Verhöhnung der Mitarbeiter“ bezeichnet. Es ist darüber hinaus eine Verarschung der Öffentlichkeit. Das AKH ist schließlich nicht irgendeine Schwitzbude, sondern ein Krankenhaus mit einem Aufsichtsrat, der sich in der ersten Sitzung auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat.

Führen durch Drohen Ein neues Buch von Martin Sturmmacher

Ein bewährtes Managementkonzept erläutert Martin Sturmmacher in seinem neuen Buch „Führen durch Drohen“. Der Autor weist zunächst darauf hin, dass es hilfreich ist, eine positive Außendarstellung des Führungsverhaltens vorzutäuschen. Besonders wirksam sei die Behauptung des Einverständnisses der Betroffenen im Sinne von „Management by objectives - Führen durch Zielvereinbarungen“, dass also die Beschäftigten aus Solidarität mit dem Unternehmen auch schwere persönliche Nachteile in Kauf nehmen würden. Wenn dann noch betont wird, dass auch der Betriebsrat solidarisch mit der Geschäftsführung Gehaltskürzungen und andere Nachteile fordert, dann ist auch den letzten Mitarbeiter:innen klar, dass sie im Unternehmen mit keiner Vertretung ihrer Interessen rechnen dürfen.

Das wirksamste Mittel der Menschenführung bleibt nach Auffassung Sturmmachers die Androhung schwerster Strafen. Historisch beschreibt er ausgiebig die Methoden der katholischen Kirche. Die Androhung des Höllenfeuers brachte die Gläubigen über Jahrhunderte dazu, etwa ein Zehntel ihres Einkommens abzuführen.

Diese Führungsgrundsätze konnte der Autor als Geschäftsführer eines großen norddeutschen Krankenhauses erfolgreich umsetzen. Aber für all das muss – so Sturmmacher – der Rahmen passen: Die Besetzung von Vorstand und Personalleitung mit Privatisierungsspezialisten, die aus eigener Erfahrung über die besten Kenntnisse z.B. bei der Privatisierung kommunaler Krankenhäuser in der Region verfügen.

Absolut lesenswert

Martin Sturmmacher: Führen durch Drohen. Managementkonzepte von gestern für morgen fit gemacht. Manchester-Verlag 2021, 48 Euro – in jeder guten Buchhandlung

Wenn Wahlen etwas ändern würden, sollte sich das in den nächsten fünf Jahren mal zeigen

„Fortschritts-Ampel-Plus“ auch im Kreistag

Die Kreis-CDU hat es erschüttert; die Partner:innen der neuen Kreistagsmehrheit waren unterm Strich wohl eher überrascht, dass es ihnen tatsächlich gelungen ist, ein Bündnis einzugehen. Die Kreistagsfraktionen von SPD (14 Abgeordnete), dem Klimabündnis aus B'90/Die Grünen, Die Partei und Die Linke (10), der FDP (5) und der WG/CDW-Gruppe (3) haben zusammen 32 von 59 Kreistagssitzen. Gebildet wurde eine Gruppe mit dem Namen „Gemeinsam für Fortschritt im Landkreis Celle“, übrigens noch bevor die Berliner Ampel ihren Koalitionsvertrag mit der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen“ versah.

Manifestiert hat sich das in einem ersten Schritt vor allem in Personalentscheidungen auf der Ebene von Repräsentanz. Dirk-Ulrich Mende (SPD), der ehemalige Celler Oberbürgermeister, wurde – neu im Kreistag – gleich zu dessen Vorsitzenden gewählt, zu seinen Stellvertreter:innen Marlies Petersen (Klimabündnis) und Wilhelm Köhler (WG/CDW). Zu (ehrenamtlichen) Stellvertreter:innen von Landrat Flader wurden gewählt: Kirsten Lühmann (SPD), Gerald Sommer (Klimabündnis) und Charles Sievers (FDP).

Wie angemerkt: Im Kern geht es um Repräsentanz dahingehend, wer in diesem Kreistag eine Mehrheit zu bilden verstanden hat. Aber die Sitzungsleitung, die jetzt bei Mende liegt, kann bei strittigen Entscheidungen durchaus einen positiven Beitrag zur Diskussionskultur leisten.

Auf der formalen Ebene interessant war in der konstituierenden Sitzung des Kreistags die Einrichtung eines neuen Ausschusses für Mobilität, Gebäudewirtschaft und Klimaschutz – also der Bündelung von Fragen wie ÖPNV, Raumordnung und klimarelevanten Maßnahmen

in Schulen und anderen kreiseigenen Gebäuden. Die neuen Mehrheitsverhältnisse hatten dann auch einen Anteil daran, dass mit Michael Huber ein Vertreter der zivilgesellschaftlich breit verankerten Klimaplattform einen Sitz als beratendes Mitglied erhielt.

Für die Zusammenarbeit wurde eine dreiseitige Gruppenvereinbarung verabredet und unterzeichnet. Bemerkenswert daran ist vielleicht, dass sich niemand gewundert hätte, wenn dieser Text als Basis für eine Zusammenarbeit von CDU und B'90/Die Grünen oder von CDU und SPD bekanntgegeben worden wäre. Bis auf die Absicht, eine zweite Gesamtschule an den Start zu bringen, gehen die Zielformulierungen kaum über das hinaus, was in den nächsten Jahren sowieso passieren wird oder muss. Zu hoffen wäre deshalb vor allem, dass die neue Mehrheit gesellschafts- und klimapolitisch sinnvolle Projekte der Ampel-Bundesregierung nicht blockiert oder ignoriert, wie es vom ehemaligen Landrat Wiswe und einer CDU-Mehrheit zu erwarten gewesen wäre, sondern Wege öffnet zu einer Umsetzung auf Kreisebene. Die Fachkräfte in der Kreisverwaltung könnten sich vor diesem Hintergrund auch eine Befreiung vom mehltauartigen Zustand der Wiswe/CDU-Vergangenheit erhoffen. Und vielleicht erfahren zivilgesellschaftliche Projekte künftig Kreisverwaltung und Kreistag als offener für ihre Anliegen.

Eine wichtige Rolle bei alledem kommt dabei dem Klimabündnis zu, also der Gruppe aus B'90/Die Grünen, Die Partei und Die Linke. Es muss die treibende Kraft sein und Initiativen entwickeln, die über den Tellerrand der bisherigen Kreispolitik hinausweisen. Und dabei vor allem die Gruppenpartner:innen überzeugen und gesellschaftliche Akzeptanz und Verankerung herstellen.



Bei der Klimademo am 5. November präsentierten sich am „Fridays“-Transparent die vier Fraktions-Chef:innen der „Gruppe für Fortschritt“ (v.l.n.r.: Ulrich Kaiser (WG/CDW), Angela Hohmann (SPD), Jutta Krumbach (FDP) und Marlies Petersen (Klimabündnis)); am linken Rand Dr. Michael Huber von der Klimaplattform – und rechts das TON3RAD des Bunten Hauses. Dass Herzog Ernst der Bekenner, jedenfalls die Büste, sich nicht dafür zu interessieren scheint, deuten wir mal als positives Zeichen.

Die Personalsituation geht an unsere Substanz

Die Gründung von Betriebsräten in Alten- und Pflegeheimen ist vielerorts ein Kraftakt, der gegen den Widerstand der Geschäftsleitungen durchgezogen werden muss. In der seit 2007 in Celle bestehenden Residenz Beinsen am Französischen Garten GmbH hat es Ende vergangenen Jahres weitgehend problemlos geklappt. Wir konnten Daniel Wagner, den Vorsitzenden des neu gewählten Betriebsrates, zu einem Interview überreden.

??: Sagst du uns kurz was zur Struktur des Altenpflegeheims?

!!: Die Residenz Beinsen ist ein Altenpflegeheim mit rund 100 Beschäftigten und um die 120 Betten. Ich bin als Altenpfleger seit 2016 dort beschäftigt. Mit einigen Kolleg:innen hatten wir in der Vergangenheit schon mal überlegt, einen Betriebsrat zu gründen. Aber das blieb eher halbherzig.

??: Wie kam es zu dem neuen Anlauf?

!!: Mal vorab: Wir haben keinen festen Tarif, stehen aber lohntechnisch vergleichsweise gut da. Neuen Auftrieb bekam die Idee aber vor allem durch zunehmenden Personalmangel. Uns ist klar, dass ein Betriebsrat jetzt kein neues Personal wird herbeizaubern können, aber wir hoffen, dass es so wesentlich leichter fallen wird, bestehendes Personal zu halten.

??: Kannst du das ausführen?

!!: Einige Kündigungen der letzten Monate hätten unseres Erachtens durch eine starke Arbeitnehmervertretung und aufmerksame Kommunikation vermieden werden können, und das alleine gab uns ein starkes Motiv. Wir arbeiten gerne in diesem Haus, aber jede Verschärfung der Personalsituation geht weiter an unsere Substanz, und daher wollten wir irgendetwas tun, um vermitteln zu können und dafür zu sorgen, dass das Team erhalten bleibt und der personelle Druck, aber auch der Druck der Verantwortungen in der Pflege nicht nur auf den Schultern der Arbeitnehmer:innen lastet. Man kann auch sagen, wir wollen Druck vom Kessel nehmen und ihn dahin leiten, wo er hingehört. Das ist unser Ziel und wir sind zuversichtlich, dass wir das auf die Reihe kriegen werden. Man wird eben weit ernster genommen, ob man nun immer alleine zum Chef geht oder eben ein ganzer Betriebsrat mit weit größerer Handhabung auf der Schwelle steht.

??: Wie können wir uns das konkret vorstellen, dass Personalmangel an die Substanz geht?

!!: An die Substanz geht es, wenn wir in Unterzahl arbeiten müssen, weil es niemanden gibt, der noch einspringen könnte. Die Maßnahmenpläne, die wir für die einzel-

nen Bewohner:innen haben, haben ja einen Zweck. Sind wir jedoch in Unterzahl, ist eine angemessene Durchführung manchmal gar nicht möglich, zwangsläufig müssen Abstriche gemacht werden, aber wo? Lagerst du bettlägerige Menschen einmal weniger? Wechselst du seltener das Inkontinenzmaterial? Das Anreichen von Mahlzeiten von Bewohner:innen dauert teilweise sehr lange, gibt es dann eben mal weniger zu essen? Einige Bewohner benötigen viel Aufsicht - sind wir zu wenige, stürzen Bewohner:innen öfter oder haben auch andere Risiken? Was ist wenn was außer der Reihe kommt? Eine Visite vom Arzt - wieder ist eine Pflegekraft für eine viertel Stunde raus aus dem Ablauf. Angehörige wollen mit einem sprechen, wieder raus. Oder wollen mal mit dir ein Gespräch führen ... was sollen wir da sagen? Keine Zeit? Oder jetzt zu Coronazeiten: das Testen von uns selbst, von den Bewohner:innen, von Besucher:innen - alles richtig und wichtig, aber auch wieder meistens alles nebenbei. Man ist also dann gezwungen, sich mit allem sehr zu beeilen, man stresst die Bewohner:innen, man stresst sich selbst, die Pflegequalität leidet und die durchaus schönen Seiten an diesem Beruf, der menschliche Umgang miteinander kommen nicht mehr zur Geltung.

??: Dass stresst ja schon beim Zuhören. Zurück zur Betriebsratswahl: Hattet ihr Kontakt zu ver.di?

!!: ver.di hat uns dabei gut unterstützt. Wir sind auch von uns aus direkt auf Ver.di zugegangen, noch lange bevor die Absicht überhaupt offiziell bekannt geworden ist. In mehreren Treffen mit einer Gewerkschaftssekretärin haben wir unser Vorgehen dabei Schritt für Schritt geplant und rechtlich abgesichert. Wir wussten ja nicht wie unser Chef reagieren würde, daher wollten wir nichts dem Zufall überlassen.

?? Und – wie hat er reagiert?

!!: Als wir dann zu der ersten Betriebsversammlung aufgerufen haben, haben wir den Chef dann persönlich darüber informiert. Wir hatten das Gefühl: Gefallen hat es ihm nicht, aber er hat sich auch nicht quer gestellt. Aber im Endeffekt ist das auch eine klare Angelegenheit, in anderen Branchen gehören Betriebsräte schließlich ganz selbstverständlich mit dazu.

??: In der Pflege scheint es manchmal gar nicht so



selbstverständlich zu sein.

!!: Ich denke, ein Stück weit ändert sich da gerade aber auch das Selbstverständnis unter Pflegekräften. Beim heutigen Pflegenotstand wissen wir besser um unseren Wert als je zuvor. Sollten wir gekündigt werden, hat man noch am gleichen Tag die Wahl aus drei anderen Stellen. Mit diesem Selbstverständnis sind wir auch aufgetreten und da war die Sache klar. Wir denken auch, dass das Vorhandensein eines Betriebsrats heute nach außen auch ein Argument für Arbeitnehmer:innen, da sie auf Mitbestimmung und auf geordnetere Arbeitsbedingungen hoffen kann. Hinzu kommt, dass erst wenige Altenheime von sich behaupten können, einen eigenen Betriebsrat vorweisen zu können.

??: *Wie ist dann die Wahl verlaufen?*

!!: Gewählt haben wir in Präsenz in einer "Wahlkabine" im Friseursalon des Betriebs, aber es gab auch die Möglichkeit zur Briefwahl, was auch von ca. 20 % der Belegschaft genutzt wurde. Die Wahlbeteiligung lag bei gut 60 %. Wir waren damit zufrieden, auch wenn es durchaus hätte üppiger ausfallen können. Einige Kolleg:innen waren skeptisch, ob ein Betriebsrat überhaupt etwas bewirken könne - oder sie hatten schlicht überhaupt keine Meinung oder Interesse daran. Vielleicht schaffen wir es in den kommenden gut vier Jahren ja auch, noch weitere Kolleg:innen von dem Nutzen zu überzeugen. Insgesamt waren wir aber durchaus zufrieden, insbesondere darüber, dass 15 Personen für die Wahl angetreten waren und wir nun einen siebenköpfigen Betriebsrat vorweisen können mit reichlich Ersatzmitgliedern.



Städtetag will Einwanderung

Der Deutsche Städtetag hat von der Ampel-Regierung eine klare Strategie gegen den Fachkräftemangel in sozialen Berufen gefordert: „Wir rechnen mit 230.000 fehlenden Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas sowie 300.000 fehlenden Pflegekräften in den kommenden Jahren“, sagte Städtetag-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Die Bundesregierung müsse konkrete Schritte für viel mehr Zuwanderung von Fachkräften in soziale Berufe unternehmen: „Wir brauchen sehr viele Fachkräfte, die wir in Deutschland weder finden noch kurzfristig ausbilden könnten.“

Jede:r Fünfte in Celle arbeitet für Niedriglohn

Bundesweit haben 2020 knapp 19 Prozent der sozialversicherungspflichtig in Vollzeit Beschäftigten im „unteren Entgeltbereich“ gearbeitet, also jede:r Fünfte. Dessen Obergrenze lag 2020 bei maximal 2284 Euro brutto monatlich. Das ergibt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, die auch die neusten verfügbaren Daten für alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte liefert. Die Auswertung zeigt große Unterschiede nach Regionen, Geschlechtern, Branchen und Qualifikation: Während 2020 in Wolfsburg oder Erlangen 6,4 bzw. 8,3 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im unteren Entgeltbereich arbeiteten, galt das etwa in Görlitz oder dem Saale-Orla Kreis jeweils für spürbar mehr als 40 Prozent.



Von den 34.621 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Landkreis Celle waren 6.723 „Niedriglöhner:innen, das sind 19,4 Prozent.

Unter den Frauen müssen bundesweit 25,4 Prozent mit einem niedrigen Monatseinkommen trotz Vollzeitarbeit auskommen, unter den Männern 15,4 Prozent. - **Dies ist in Celle bei den Frauen deutlicher über dem Durchschnitt – nämlich 14,6 Prozent bei den Männern und 29,9 bei den Frauen.**

Besonders ausgeprägt ist der untere Entgeltbereich in Branchen wie dem Gastgewerbe, der Leiharbeit oder der Land- und Forstwirtschaft. **Von den 718 Vollzeitbeschäftigten im Gastgewerbe in Celle arbeiten 528 oder 73,5 Prozent für Löhne im unteren Entgeltbereich.**

Nach einer Analyse des Pestel-Instituts aus Hannover arbeiten im Kreis Celle derzeit 3.310 Beschäftigte zum Mindestlohn von aktuell lediglich 9,60 Euro pro Stunde. Weitere 11.670 Menschen liegen zwar darüber, werden aber trotzdem von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro profitieren.

Seils, Eric/Emmler, Helge (2022): Der untere Entgeltbereich. WSI Policy Brief 65, 01/2022 (pdf)

Minijobs – weniger Arbeit, mehr Geld

Im Landkreis Celle haben 8.200 Menschen einen Minijob. Davon arbeiten allein rund 800 in der Gastronomie – die meisten verdienen dabei lediglich den gesetzlichen Mindestlohn. Ab diesem Jahr müssen sie für ihren 450-Euro-Job allerdings weniger arbeiten: höchstens 10,5 Stunden pro Woche – eine Viertelstunde weniger als bislang. Darauf hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten hingewiesen. Als Grund nennt die NGG den zum Jahreswechsel auf 9,82 Euro pro Stunde gestiegenen gesetzlichen Mindestlohn. - Wird der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht und die Minijobgrenze auf 520 Euro, sind es übrigens noch 10 Stunden pro Woche.

Winsen – Neubaugebiete ohne Gasanschluss

Mit einem Grundsatzbeschluss wurde im Dezember in Winsen eine Wärmewende eingeleitet – erstmal in Neubaugebieten, aber immerhin: „Der Rat der Gemeinde Winsen (Aller) beschließt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen für Neubaugebiete auf Gasbasierte Wärmekonzepte, wie Gasbrennwertheizungen, zu verzichten.“

Ein Blick auf den Trend nimmt diesem Beschluss Einiges von der „gefühlten“ Radikalität:

„Gut zwei Drittel (68,8 %) der im Jahr 2020 in Deutschland neu gebauten Wohngebäude werden ganz oder teilweise mit erneuerbaren Energien beheizt“, so das Statistische Bundesamt: „Als primäre, also überwiegend für das Heizen eingesetzte Energiequelle wurden erneuerbare Energien im Jahr 2020 erstmals in mehr als der Hälfte (50,5 %) der insgesamt 112 935 neuen Wohngebäude eingesetzt (2015: 38,0 %).“

Gasheizungen stellen mit 39 % zwar nach wie vor die zweitwichtigste primäre Energiequelle in Neubauten, aber sie sinkt seit 2015 (51,5 %) kontinuierlich.

In der Region Celle stellt sich dies sogar drastischer dar. Im Winsener Ratsbeschluss wird auf Zahlen des örtlichen Netzbetreibers verwiesen. Danach ist die Nachfrage in Neubaugebieten nach einem Gasanschluss laut Celler Uelzen Netz GmbH (CUN) im Zeitraum von 2011 bis 2019 von über 60 auf 23 % gefallen.

Die Gemeinde Winsen handelt – so merkwürdig das auf den ersten Blick klingen mag – deshalb wohl sogar im Sinne des Netzbetreibers. Eigentlich ist gesetzlich eine generelle Anschlusspflicht vorgesehen. Die CUN dürfte einen Anschluss an das Gasnetz also nicht ablehnen. Aber – wie es im Winsener Beschluss dargelegt wird:

„Die Wirtschaftlichkeit und Effizienz eines Netzes steigt grundsätzlich mit der Anzahl der Abnehmer, da Bau- und Betriebskosten durch alle Nutzer geteilt und letztlich über Netzentgelte finanziert werden. Wenn für 100 Prozent Auslastung gebaut wird, aber nur deutlich weniger Haushalte das Netz nutzen, steigen damit also die Netzentgelte.“ Theoretisch wäre möglich, dass ein Gasnetz für alle gebaut, aber tatsächlich nicht ein einziger Haushalt angeschlossen wird. In diesem Fall bliebe die komplette Infrastruktur ungenutzt.

Mit einer Festlegung auf den Anschlussverzicht im Bebauungsplan ist also nicht nur der Wärmewende ein guter Dienst erwiesen, sondern auch der regionale Gasnetzbetreiber von einem Verlustgeschäft entbunden.

Die wichtigste Alternative zur Gasheizung waren Wärmepumpen. Sie wurden 2020 in 45,8 % der neuen Wohngebäude als Primärenergiequelle genutzt (2015: 31,4 %). Wurde in neuen Wohngebäuden eine weitere (sekundäre) Energiequelle eingesetzt, waren dies bevorzugt die erneuerbaren Energieträger Solarthermie (14,5 %) und Holz (13,2 %).

In der Schweiz sind es übrigens schon ganze Städte, nämlich Zürich und Winterthur, die mit ihren Energieversorgern keine neuen Gasanschlüsse mehr anbieten.

Klima HELD:IN



Die Gewinner des ersten Celler Klimaschutzpreises „Klimaheld:in Celle“ stehen fest. In der Kategorie Bildungsstätten überzeugte das Projekt „Umweltbildung als Teilkonzept“ der Kindertagesstätte Altenhagen. Dass Klimaschutz auch im Privathaushalt aktiv gestaltet werden kann, beweist Annelene Korte mit ihrem Projekt „Brauchwassernutzung in Haushalt/Garten“ in der Kategorie Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Im Bereich Organisationen und Vereine wurde das Paulus-Familienzentrum mit seinem Projekt „Tauschrausch“ geehrt und in der Kategorie Gewerbetreibende wurde der Altenceller Hof Knoop mit seinem Projekt „Umstellung auf Biolandwirtschaft und Hühnerhaltung“ als „Klimaheld:in Celle“ ermittelt.

Die Celler Klimaplattform hatte den Preis im April ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist endete Mitte Oktober. Die Finanzierung erfolgte über ein erfolgreiches Crowdfunding. „Wir freuen uns über die wirklich sehr guten Projekte, die bei uns eingereicht wurden“, sagt Michael Weinrich als Sprecher der Celler Klimaplattform. Es sei wichtig, darüber zu sprechen, wie gute Ideen entstehen und realisiert werden und auch, wie mit auftauchenden Schwierigkeiten umgegangen werden könne. „Unser Preis soll ja gerade auch dazu einladen, Ideen aufzugreifen und nachzuahmen“, meint Weinrich. „Dieser Logik folgend gibt es auch kein Preisgeld zu gewinnen, sondern über die „Klimaheld:in Celle“ jeder Kategorie wird ein Imagefilm erstellt, der im Internet veröffentlicht wird.“ Die Premiere dieser Filme sei nun vielleicht schon zur Preisverleihung im Rahmen der Feierstunde im Frühjahr zu erwarten.

Die Celler Klimaplattform ist ein Zusammenschluss von 16 Gruppen, Vereinen, Initiativen und Verbänden und ist inzwischen eine wichtige zivilgesellschaftliche Stimme, wenn es um Klimaschutzfragen in Stadt und Landkreis geht.

Der Preis „Klimaheld:in Celle“ soll auch 2022 wieder vergeben werden, dann aber nicht mehr auf das Stadtgebiet Celle beschränkt sein, sondern auch den Landkreis Celle einbeziehen.



----- 30.10.2021 -----

Kidical Mass

Zum 5. Mal schon fand die KIDICAL MASS CELLE statt - mit 42 Teilnehmenden. Auf einer vier Kilometer langen Strecke wurde für ein fahrrad- und familienfreundliches Celle durch die Innenstadt geradelt. „Viel Zuspruch und freudigen Applaus erhielten wir von den vielen Passanten die entlang der Strecke in den Cafés und Restaurants saßen“, so die Pressesprecherin der VCD Kreisgruppe Celle, Martina Sonnenberg-Ackemann.

Ansagen, die Sinn und Zweck der Demonstration erklärten, kamen aus den Lautsprechern des mitgeführten „Ton3Rades“. Ein umgebautes 3-rädriges Fahrrad mit kompletter Musikanlage und Solarelement, gefertigt vom Bunten Haus. Die nächste Kidical Mass gibt es am 23.4.2022.

----- 27.11.2021 -----

Linke – neuer Vorstand

Der Kreisverband Die Linke hat künftig eine Ko-Spitze: die Celler Ratsfrau Behiye Uca und der Altenpfleger Daniel Wagner. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden die Journalistin Manuela Mast und der Anwendungsentwickler Max Frerichs gewählt. Außerdem gehören die Schatzmeister Hans-Peter Binder und Jürgen Gnörich, sowie die weiteren Mitglieder Jacqueline und Simone Hauschild, Berit Uberschär und Antonia Denecke dem Vorstand an. Hans-Peter Binder, langjähriger Aktiver der Linken Celle, erklärt zur Neuwahl des Kreisvorstands sichtlich erfreut: „Erstmals seit Bestehen des Kreisverbands haben wir die Quotierung überboten. Es sind mehr Frauen im Vorstand vertreten als Männer!“

----- 25.11.2021 -----

Lichterdemo gegen Gewalt an Frauen

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen waren über 70 Menschen in Celle zu einer Lichterdemonstration zusammen gekommen.

„Geschlechtsbezogene Gewalt kommt in allen sozialen Schichten jeder Gesellschaft vor. Die Gewaltakte stehen im Zusammenhang mit politischen, öffentlichen und strukturellen Verhältnissen, die die Gleichberechtigung aller Geschlechter verhindern. Es liegt an uns, Widerstand dagegen zu leisten, Alternativen aufzubauen und eine befreite Gesellschaft zu erkämpfen!“, sagte Nina Binder von der feministischen Organisation „Gemeinsam Kämpfen“.



Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen fand in diesem Jahr zum 40. Mal statt. Das Datum geht auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal im Jahr 1960 zurück; diese hatten sich gegen die damalige Diktatur in der Dominikanischen Republik eingesetzt. Weltweit nutzen Aktivist:innen den Anlass, um auf die immer noch bestehende geschlechtsspezifische Gewalt hinzuweisen, etwa auf Feminizide, Zwangsprostitution, sexuellen Missbrauch, Sextourismus, Zwangsheirat, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung und Häusliche Gewalt. Auch in Deutschland wird durchschnittlich jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet, täglich überlebt eine Frau einen solchen Tötungsversuch.

Wie im Aufruf zur Demonstration bereits erwähnt, war die Verbindung

zwischen Krieg und Gewalt an Frauen ein weiteres zentrales Thema. So nehmen Vergewaltigungen und sexualisierte Übergriffe in Kriegssituationen signifikant zu. Besondere Verantwortung für die Versorgung ihrer Familien macht Frauen zusätzlich angreifbar. In vielen militärischen Konflikten werden Übergriffe gegen Frauen bewusst als Waffe und Druckmittel eingesetzt. So werden Frauen beispielsweise in den durch den türkischen Staat besetzten Teilen Kurdistans ihren Familien entrissen, durch sexualisierten Missbrauch in den Selbstmord getrieben, teilweise verschwinden sie schlichtweg. Aktivist:innen kritisierten in diesem Zusammenhang die Unterstützung solcher Kriege durch den deutschen Staat, da dieser Waffenexporte genehmigt und trotz gemeinsamer NATO-Mitgliedschaft Menschenrechtsverbrechen der Türkei stillschweigend in Kauf nimmt.

Aufgerufen zur Demonstration in Celle hatten folgende Gruppen und Organisationen: die feministische Organisation „Gemeinsam Kämpfen“ für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie; das Autonome Frauenhaus Celle; der kurdische Frauenverein HÊVÎ e.V. – Hilfe für Frauen in Not; der Dachverband des Êzîdîschen Frauenrats e. V.; Linksjugend Solid Südheide; LIST (Land in Sicht Transition); der DGB.

----- 08.12.2021 -----

VCD

Anlässlich der Umwidmung des Südwalls zur Fahrradstraße gewinnt eine schon häufig an die Stadtverwaltung herangetragene Forderung neue Bedeutung: Die Freigabe des Kleinen Plans für Fahrradfahrende entgegen der Einbahnstraßenregelung. Die



VCD Kreisgruppe Celle meint: „Die Freigabe der Einbahnstraße ist mit geringen Kosten zu realisieren und verbessert die Situation der Fahrradfahrenden, die aus der Innenstadt kommend in Richtung Südwall/Bergstraße unterwegs sind. Ein sinnvoller Lückenschluss also, für die Verbesserung der Fahrradinfrastuktur.“

----- 05.11.2021 -----

Klimademo zur COP 26

Unabhängig von bundesweiten Terminen hatte die Klimaplattform parallel zur Glasgower COP 26 in Celle zu Kundgebung und Demonstration aufgerufen. 140 Teilnehmende konnten sich über die Mitteilung freuen, dass die Klimaplattform künftig durch Dr. Michael Huber mit beratender Stimme in den für Klimaschutz und Verkehr zuständigen Fachausschüssen vertreten ist. Erfreulicherweise zeigten sich auch die Chef:innen des neuen Mehrheitsbündnisses „Gemeinsam für Fortschritt“ bei der Auftaktgebung. Dort erklärte der Vorsitzende des Kreistags-Ausschuss für Mobilität, Gebäudewirtschaft und Klimaschutz, Ulrich Kaiser, eine Kehrtwende in der lokalen Klimapolitik einleiten zu wollen.

Für „Land in Sicht – Transition (LIST)“ konstatierte Cornelia Döllermann-Nölting ein kollektives Versagen, was sich in Glasgow nur verlängere. Deshalb sollten wir uns auf die Sichtweise des ehemaligen Club-of-Rome-Generalsekretärs Maxton einlassen. System Change? Darunter verstehe dieser: „Schließung umweltverschmutzender Unternehmen, Beendigung des Flugverkehrs, massive Einschränkung des Autoverkehrs, Umbau der Landwirtschaft – gleichgültig mit welchen Konsequenzen.“

Da klar sei, dass die herrschende Politik sich diese Sichtweise nicht zu eigen machen wird, müsse die Klimagerechtigkeitsbewegung ihre Illusionen in Symbolpolitik aufgeben und beginnen, „Sand im Getriebe“ der Mega-Maschine zu sein.

----- 14.11.2021 -----

Kundgebung zu Rheinmetall-Explosion

Aufgrund der Munitionsexplosion bei Rheinmetall führte die Friedensaktion Lüneburger Heide eine Kundgebung vor dem Firmengebäude durch. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach der Gefährlichkeit der Kampfstoffe.

In Anspielung auf die Bunkerexplosion machte DGB- und ver.di-Funktionär Charly Braun deutlich, dass unter dem „RRuumss“ der Rheinmetallprodukte ganze Städte zusammenbrechen und Ernten vernichtet werden. „Die mit Rheinmetall-Kriegsgerät Ermordeten werden nicht gezählt. Genau gezählt wird jedoch der Profit, jeder „RRuumss“ ein Treffer an der Börse.“ Dass Rheinmetall auch Anderes herstellen kann, bewies der Konversionsexperte mit der profitablen Automobilierteilsparte und den zivilen Produkten der Nachkriegsjahre. Weitere Redende verlangten, dass die hochqualifizierten Rheinmetaller:innen heute Hightech-Geräte fürs Gesundheitswesen und erneuerbare Energien produzieren könnten.

Hans-Dietrich Springhorn kritisierte, dass sich die Behörden mit der Rheinmetall-Aussage zufrieden geben: „Wir sind kooperativ, ermitteln selbst, können aber noch nichts Genaues sagen.“ Springhorn kommentierte: „Wenn dieser große Rüstungsbetrieb nicht auf Knopfdruck und auf ein Miligramm genau sagen kann, was und wie viel in dem Bunker gelagert war, muss diese Rüstungsbude sofort dicht gemacht werden.“

Auf eine Anfrage des Klimabündnis im Kreistag verwies die Verwaltung auf die Zuständigkeit des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts. Deshalb könne keine belastbare Aussage über die ‚Gefährdung für die Umwelt‘ getroffen werden. Dazu merkt Reinhard Rohde (Die Linke) an: „Unabhängig von der Zuständigkeit hätten wir ein eigenständiges Interesse der Verwaltung erwartet. Schließlich hätte bei der Explosion weit mehr zu Schaden kommen können.“

Kurz vor Redaktionsschluss gab es eine Antwort seitens des Gewerbeaufsichtsamts; hier ein Auszug:

„In dem Bunker lagerten Treibladungen und Treibladungspulver für die Herstellung von Munition in dafür vorgesehenen Behältnissen. [...] Nach so einem Vorfall lässt sich eine Schädigung des Bodens durch Verbrennungsrückstände und unverbranntes Lagergut nicht gänzlich ausschließen. Aus diesem Grund wurde der betroffene Oberboden durch einen Sachverständigen beprobt. Diese Proben werden aktuell auf eine Schafstoffbelastung untersucht und es wird ein Gutachten erstellt. Zur Vermeidung der Ausbreitung einer ggfs. vorhandenen Kontamination wurde der betroffene Oberboden durch die Fa. Rheinmetall abgetragen. Dieser wird derzeit auf einer dafür geeigneten befestigten Fläche zwischengelagert. Mit Hilfe einer Siebanlage werden dort u.a. Beton- und Kunststoffpartikel entfernt. Anschließend wird, in Abhängigkeit der tatsächlich vorhandenen Schadstoffbelastung, festgelegt, wie weiter mit dem Boden zu verfahren ist.“



----- 25.12.2021 -----

Brandanschlag

Das ehemalige SPÄTI in der Hafensstraße fiel am ersten Weihnachtstag einem Brandanschlag zum Opfer. Kurz zuvor war eine Corona-Schnelltest-Station dort eingerichtet worden.



Ablehnungskultur als Hegemoniekrise



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Laut Sicherheitsbehörden haben bundesweit am zweiten Januar Montag 188.000 Menschen gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert.

Die Dicke: O lá lá, die 18 und die 88; die Nazi-Codes für Adolf Hitler und Heil Hitler.

Oma Lilo: Ihr erinnert euch an Freud, „Das Unheimliche“: Wer nicht stich- und hiebtest gegen die Versuchungen des Aberglaubens sei, würde der Wiederkehr einer Zahl eine geheime Bedeutung zuzuschreiben.

Die Dicke: Sicher ein „innerer Reichsparteitag“ die braunen Strippenzieher der Bewegung.

Der lange Lulatsch: Jetzt macht ihr's euch aber ein bisschen einfach. Mit Satire bekommen wir das Phänomen nicht in den Griff.

Der Besserwisser: Und mit Psychoanalyse wahrscheinlich auch nicht.

Klein Jonas: Ich frage mich: Warum gehen sie jetzt auf die Straße? Warum nicht gegen die Klimakatastrophe?

Die Dicke: Okay, okay. Es gibt viel aber ja auch viel irrationale Spinerei und sicher sowas wie narzisstische Befriedigung. Aber gehen wir in die Gesellschaftsanalyse. Du hast ja Recht: Es gäbe einen Haufen Gründe und Anlässe, permanent auf die Straße zu gehen. Jetzt haben wir viele, die behaupten, das erste Mal oder das erste Mal seit langem zu demonstrieren. Und vordergründig bietet das Maßnahmenwirrwarr und die Drohgebärden – Stichwort: Impfpflicht – dafür ja auch Anlässe.

Oma Lilo: Sinnvoll wäre wahrscheinlich auch, zu differenzieren zwischen der Alternativmedizin-/Esoterik-Szene, Grundrechts-Verteidiger:innen á la Prantl, wirtschaftlich Geschädigten – und ja, den Neonazis und der AfD, die – um es im Jargon zu benennen – neue Schafe oder Lämmer rekrutieren wollen.

Die Dicke: Gut. Aber mal eine These, die einen gesellschaftlichen Widerspruch zur Grundlage hat: Die Pandemie-Maßnahmen verlangen von Einzelnen Rücksichtnahme und Verzicht, die weniger dem eigenen als einem „kollektiven“ Schutz gelten.

Der Besserwisser: Wobei es dem Staat da vor allem um halbwegs reibungslose Kapitalverwertung geht.

Klein Jonas: Genau – Schulen und Universitäten zumachen, damit die Maschinen weiter laufen können.

Die Dicke: Lasst mich mal kurz den Gedanken zu Ende bringen. Die eingeforderte Rücksichtnahme für andere stellt einen Bruch mit dem individualistischen Prinzip der Eigenverantwortung dar. Und das ist ja mit dem sogenannten Neoliberalismus unsere neue Religion. Deshalb werden die Maßnahmen abgewehrt, und es wird auf „Freiheit“ und „Selbstverantwortung“ gepocht.

Der Besserwisser: Wer daran gewöhnt ist, stets eigenbrötlerisch an seiner Selbstverwirklichung zu arbeiten, wird irgendwann auch die Konstruktion der Wahrheit gänzlich für sich selbst beanspruchen.

Der lange Lulatsch: Und wir sehen mal wieder: Eine Gesellschaft, die auf individuellen Freiheiten und Interessen statt auf einem Konzept kollektiver Freiheit basiert, ist nicht in der Lage sozial rationale Ziele zu verfolgen.

Oma Lilo: Ich sehe eine Parallele zur Ablehnung der Volkszählung Mitte der 1980er Jahre. Da wollten sich – wie aus dem Nichts – auf einmal auch Tausende einer staatlichen Maßnahme verweigern, die aber dann mit Ordnungsgeldern rasch zur Raison gebracht wurden.

Die Dicke: Seinerzeit mit dem kleinen Unterschied, dass die autonome Linke und die Grünen die Proteste organisiert haben.

Der lange Lulatsch: Zwei junge Politikwissenschaftler haben gerade die These aufgemacht, dass große Teile der Gesellschaft von Haltungen des Misstrauens und der Ablehnung erfasst werden. Womit es für die politisch Herrschenden immer schwieriger wird, Konsens unter den Beherrschten zu generieren. Unabhängig von der Pandemie. Aber die lasse das jetzt besonders deutlich werden. Und die sehen darin im Sinne Gramscis den Anfang einer Hegemoniekrise.

Klein Jonas: Was ist denn damit gemeint?

Der lange Lulatsch: Antonio Gramsci war ein italienischer Kommunist. Er hat die Stabilität bürgerlicher Herrschaft damit erklärt, dass es den Besitzenden gelingt, ihre Interessen als Allgemeinwohl auszugeben und durch partielle Zugeständnisse den Konsens der Beherrschten zu organisieren. Und die tragen dann sogar drastische Zumutungen als vernünftig und notwendig mit.

Der Besserwisser: Und warum gelingt das gerade nicht?

Der lange Lulatsch: Neu ist, dass die oberen und mittleren Klassen gerade Erfahrungen machen, die die unteren ja kennen: eine staatliche Gängelung in ihrem (Freizeit-)Alltag. Leider besteht ihre Kritik dann aus einer Wut auf „die da oben“, „die“ Wissenschaft und die „Lügenpresse“. Und bei gar nicht mal so wenigen der Glaube hinzu, sie seien unvorstellbar mächtigen, dunklen Kräften ausgeliefert.

Der Besserwisser: Ausgeliefert sind sie dem Kapitalismus und seiner destruktiven Verwertungslogik, was sie nicht wissen wollen.

Oma Lilo: Und aus der Wirnis heraus heften sie sich einen Judenstern an oder werden zu einer Sophie Scholl, die nicht gegen die Nazis agiert, sondern gegen das jüdische Kapital.

Die Dicke: Wobei wir ja – anders gewendet – das benötigen: mindestens Skepsis gegenüber der Herrschaft und ihre Strategien legitimierende Wissenschaft und Medien.

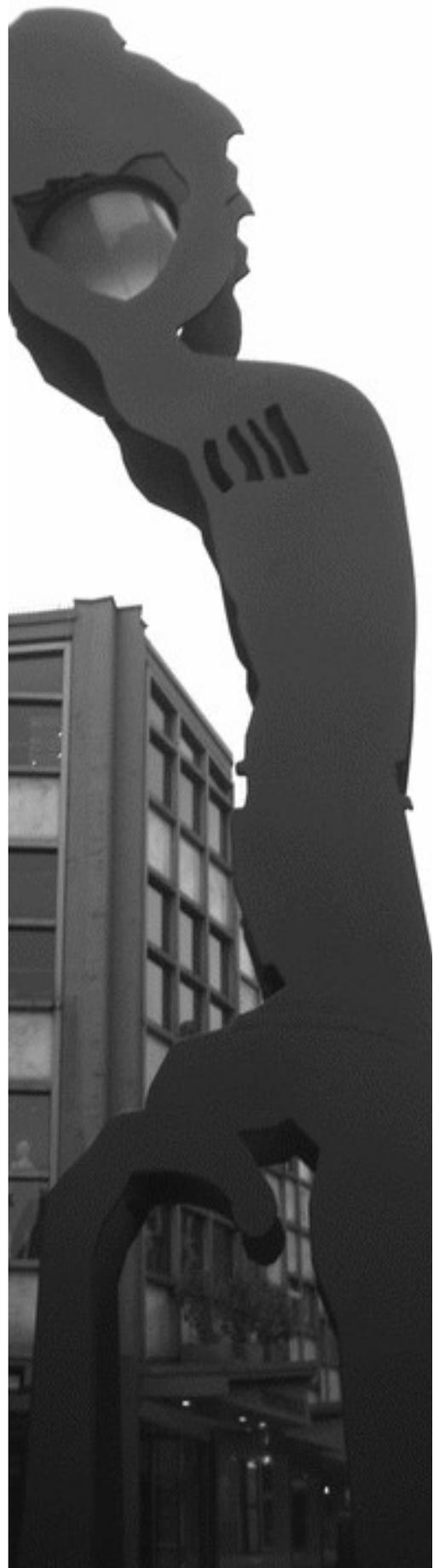
Oma Lilo: Nur eben nicht so.

Der lange Lulatsch: Richtig. Es kann nicht darum gehen, das Vertrauen in die Autoritäten wiederherzustellen, die eine (Wirtschafts-)Ordnung verteidigen, die doch die Katastrophen hervorruft – ja auch die Pandemie, Stichwort: Zoonosen.

Klein Jonas: Sondern?

Der lange Lulatsch: Darum, dass die Menschen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zurückgewinnen und den Mut haben, kollektiv Verantwortung zu übernehmen für das Gemeinsame, also z.B. solidarische Lösungen und Umgangsweisen mit der Pandemie zu finden.

Oma Lilo: Ja. Sonst fällt die Perspektive einer Welt jenseits des Wahnsinns kapitalistischer Akkumulation vielleicht als erste der veränderten gesellschaftlichen Atmosphäre zum Opfer.



Business as usual?

Rüstungskonzerne wachsen auch in Pandemie

Die weltweit 100 größten Rüstungshersteller verkauften im Jahr 2020 Waffensysteme und militärische Dienstleistungen im Wert von 531 Milliarden US Dollar – ein Zuwachs von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das zeigt ein im Dezember veröffentlichter Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI). Seit 2015 – das Jahr in dem SIPRI erstmals chinesische Firmen in die Rangliste aufnahm – sind die Rüstungsverkäufe der Top 100 Hersteller um 17 Prozent gestiegen. Obwohl die globale Wirtschaft während des ersten Jahres der Pandemie um 3,1 Prozent geschrumpft ist, konnten Hersteller ihre Rüstungsumsätze dennoch erhöhen.

Die Vereinigten Staaten sind das Land mit der höchsten Zahl an Rüstungsherstellern in den Top 100. Insgesamt verkauften die 41 US-amerikanische Unternehmen Rüstungsgüter im Wert von 285 Milliarden US Dollar und machten damit 54 Prozent der Gesamtsumme aus.

Die 26 europäischen Rüstungsunternehmen machten zusammen 21 Prozent der Rüstungsumsätze der Top 100 aus, oder umgerechnet 109 Milliarden US Dollar.

Die vier in der Rangliste vertretenen deutschen Unternehmen verkauften im Jahr 2020 Rüstungsgüter im Wert von 8,9 Milliarden US Dollar. Dies ist eine Jahressteigerung von 1,3 Prozent. Zusammengerechnet machten die deutschen Firmen 1,7 Prozent der gesamten Rüstungsumsätze der Top 100 aus. Rheinmetall, der größte deutsche Rüstungshersteller und von Platz 32 auf Platz 27 vorgerückt, meldete ein Wachstum in seinen Rüstungsumsätzen von 5,2 Prozent. Der Schiffsbauer ThyssenKrupp hingegen kam auf einen Verlust von 3,7 Prozent, rückte aber trotzdem von Platz 56 einen Rang nach vorn; ebenso Krauss-Maffei Wegmann von 77 auf Rang 76. Das vom Namen her noch relativ unbekannteste vierte deutsche Unternehmen unter den Top 100, die Hensoldt AG, stieg von Platz 86 auf Platz 78 (der Konzern entstand 2017 aus der Airbus Rüstungssparte).

Rheinmetall-Chef Papperger:

Keine Angst vor den Grünen

Grüne Politiker haben für die Ausrüster der Bundeswehr an Schrecken verloren: „Die Angst vor den Grünen kann ich nicht nachvollziehen“, sagt Armin Papperger. Der Vorstandschef des deutschen Rüstungsherstellers Rheinmetall hat die Partei, die in der neuen Bundesregierung eine zentrale Rolle spielen wird, schon in früheren Regierungen erlebt und dort mit führenden Politikern gesprochen. Sein Fazit: Die Grünen werden in der deutschen Sicherheitspolitik ein verlässlicher Partner sein. „Sie stehen klar zur Nato und möchten, dass Deutschland dort seine Rolle erfüllt“, ist der Rheinmetall-Chef überzeugt.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundeswehr-finanzierung-auch-unter-neuer-bundesregierung-fraglich-17587469.html>

Deutsche Rüstungsexporte 2021 auf Rekordniveau

Dank „Gauernerstück“

Auf den letzten Drücker hat die Merkel/Scholz-Regierung Rüstungsexporte in Milliardenhöhe genehmigt - und im Jahr 2021 mit einem Gesamtwert von knapp 9,043 Milliarden Euro so für einen neuen "Rekord" gesorgt. Das ging im Dezember aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen hervor.

Kurz vor der Amtsübergabe am 8. Dezember hatte der Bundessicherheitsrat der nur noch geschäftsführend im Amt befindlichen Regierung den Verkauf von drei Kriegsschiffen und 16 Luftabwehrsystemen mit einem Gesamtwert von gut vier Milliarden Euro genehmigt. Davon profitierten die Konzerne Thyssenkrupp Marine Systems und Diehl Defence wurde, die drei Kriegsschiffe und 16 Luftabwehrsysteme exportieren dürfen. Beim Empfängerland handelt es sich um Ägypten, das wegen Menschenrechtsverletzungen und seiner Verwicklung in die Konflikte im Jemen und in Libyen "in der Kritik steht" (wie es die Medienlandschaft so dezent ausdrückt).

Die Linken-Außenpolitikerin Dağdelen kritisierte das Verhalten des neuen Kanzlers scharf. „Olaf Scholz hat sich in der nur noch geschäftsführenden Regierung ein wahres Gauernerstück geleistet und eindrucksvoll demonstriert, wie folgenlos die Kritik der SPD an skrupellosen Waffenexporten gerade an Diktaturen und autoritäre Regime letztlich bleibt“, sagte sie. „Für die neue Ampel-Regierung unter Scholz ist das eine schwere Hypothek.“

Es lässt sich auch ganz anders interpretieren: Merkel und Scholz haben einfach noch schnell dafür gesorgt, dass Habeck und Baerbock sich nicht gleich nach Amtsantritt unglaubwürdig machen müssen.



Rheinmetall auf Einkaufstour

Mit EMT-Penzberg ist ein deutscher Drohnenhersteller in die Insolvenz gegangen – als Gründe wurden unter anderem die Exporthemmnisse in Deutschland genannt – und wird nun vom Düsseldorfer Rheinmetall Konzern übernommen (Süddeutsche Zeitung 23.11.2021) – knapp zwei Tage nachdem bekannt wurde, dass auch der Spezialist für Feldlager und mobile Krankenhäuser Zeppelin Mobile Systeme aus Meckenbeuren von Rheinmetall gekauft wurde (Bundeswehr Journal 20.11.2021). Rheinmetall hatte erst im August einen Rahmenvertrag mit der Bundeswehr über die „Bereitstellung der Unterbringung im Einsatz“ und deren Bewachung geschlossen. (IMI-aktuell 2021/700)

Atomenergie führt nicht aus der Klimakrise

Angesichts steigender Gas- und Strompreise und stagnierendem Zubau an Erneuerbaren Energien wird der Ruf immer lauter, die deutschen AKW länger als bis Ende 2022 laufen zu lassen. Ja, einige „alte weiße Männer“, hoffen sogar auf eine Renaissance der Atomkraft weltweit.

Silvesterkracher 2022:

„klimaneutraler“ Atomstrom soll die marode französische Energiewirtschaft retten

Nach den Klimaschutzplänen der EU werden bei Überschreitung des nationalen Treibhausgas-Budgets Strafzahlungen an die EU fällig. So ist es nicht verwunderlich, dass ausgerechnet Frankreich Atomstrom im Rahmen der Neuregelung der Energie-Taxonomie (was darf wie besteuert und gefördert werden) als „klimaneutral“ und Erdgasstrom als „klimafreundlich“ erklären lassen will. Angeblich, weil Frankreich statt in Wind- und Solarstrom in den Neubau von „klimaneutralen“ Kernkraftwerken investieren will.

Der wahre Grund dürfte ein anderer sein. Zwar wird Frankreich nominell (!) zu ca. 70 % mit Strom aus eigenen AKW versorgt. Doch in der Praxis ist die Stillstandsquote sehr hoch (nur ca. 70 % Verfügbarkeit). Ein Stresstest nach Fukushima (2011) ergab, dass die AKW in Frankreich mit ca. 60 Mrd. Euro Aufwand hätten dringend „renoviert“ werden müssen, doch in Wirklichkeit flossen dafür nur ca. 15 Mrd.. Stattdessen wurden vor allem Gaskraftwerke zugebaut, um die ständigen Ausfälle der maroden AKW zu überbrücken. Der Atomkonzern Areva ging darüber pleite und wurde in den staatlichen Energiekonzern EDF fusioniert, der nun selbst defizitär wurde. Dass nun Macron eine Investition in Atomkraft in Höhe von einer Milliarde Euro ankündigt, ist also kein Zeichen für eine „Renaissance“ der Atomkraft (sondern eine Finanzspritze für EDF), denn allein der Zubau eines einzigen modernen 1,6 GW EPR Reaktorblocks bester Sicherheitsstufe kostet ca. 12,5 Mrd. Euro.

Es ist offensichtlich: Frankreich will seine notdürftig renovierten AKW möglichst lange betreiben und sich das auch noch auf sein Treibhausgas-Budget anrechnen lassen.

Die Realität – netto kein AKW-Zubau weltweit

In Deutschland war man bislang sicher, dass keine neuen AKW mehr gebaut werden. So ist SIEMENS – mit seiner Tochter Kraftwerk Union einst weltweit Technologieführer beim AKW-Bau – aus Gründen mangelnder Wirtschaftlichkeit längst aus der Atomenergie ausgestiegen. Auch weltweit werden derzeit nicht wirklich AKW zugebaut. Der Eindruck entsteht nur, da weltweit etwa 90 AKW bereits seit mehr als einem Jahrzehnt in konkreter Planung bzw. im Bau sind. Selbst China erklärte bereits 2016, seine 44 im Bau befindlichen AKW zwar voraussichtlich fertigbauen zu wollen, aber aus Kostengründen in Zukunft nur noch auf Wind- und Solarstrom setzen will. (Was allerdings den Export von Billig-Reaktoren in alle Welt nicht ausschließt.) China meint es ernst mit den Erneuerbaren Energie. In den letzten 10 Jahren wurden rund fünf Billionen Dollar in erneuerbare Energien gesteckt. Allein im Jahr 2020 kam Chi-

na beim Netzanschluss von Photovoltaik-Anlagen auf 40 GW (entspricht 4–6 AKW-Blöcke) und bei Windkraft-Anlagen auf 77 GW (entspricht etwa 30 AKW-Blöcke). Weltweit liegt seit 1996 die Anzahl der aktiven AKW konstant um die 440 (+/- 5), da nie mehr zugebaut als stillgelegt wurden. Das hat gute Gründe ...

Bestehende AKW-Technik ist gefährlich, langwierig und unwirtschaftlich

AKW emittieren zwar weniger CO₂ als Kohlekraftwerke, aber es würde weiterhin Atommüll produziert. Und mit fortlaufendem Alter der AKW steigt die Gefahr von schweren Unfällen allein schon durch die naturgesetzlich gegebene Materialermüdung extrem an.

Prinzipiell sprechen gegen Atomkraft als „Brückentechnologie“ zu einer CO₂-neutralen Energiewirtschaft folgende Fakten:

- Atomkraft ist nicht leistungsfähig genug: Derzeit liefern rund 400 AKW nur 2 % des weltweiten Endenergiebedarfs. Selbst eine Verdopplung hätte kaum einen Effekt.
- Es werden mehr AKW abgeschaltet als neu gebaut: Der globale AKW-Park ist überaltert. Der Hauptgrund ist neben der Risikoeinschätzung die Unwirtschaftlichkeit.
- Der Neubau von AKWs ist zu langwierig: Der Bau dauert inklusive Planung mindestens zehn Jahre, eher aber 15 bis 20 Jahre. Der Klimawandel ist aber viel schneller!
- AKW sind unwirtschaftlich: Ohne (!) Endlagerungs- und Entsorgungskosten kostet als Erzeugerpreis Strom aus neugebauten AKW mindestens 10 Cent/kWh, aus Windkraft und Photovoltaik ab ca. 4 Cent/kWh. Mit den Kosten für Entsorgung und Endlagerung läge Atomkraft inzwischen sogar weit über einem Euro/kWh; das stellte das Umweltbundesamt (UBA) bereits 2001 fest!
- Atomkraft hängt deshalb am Subventionstropf: Die wesentlichen Kosten für Bau und Rückbau, Entsorgung und Endlagerung der Brennstäbe – heute inklusive (geplante!) Entsorgung schon ca. 300 Mrd. Euro in Deutschland – werden der Allgemeinheit und kommenden Generationen aufgebürdet. Für die neuen Kernkraftblöcke in Hinkley Point England subventioniert der Staat nicht nur die Hälfte der Investitionskosten von über 25 Mrd. Euro, sondern garantiert auf 35 Jahre einen Abnahmepreis von 10,5 Cent/kWh mit Inflationsausgleich. Auch in Finnland sollen trotz des Milliardenpreises AKW Olkiluoto (Kosten-Verdreifachung und 17 Jahre Bauzeit von 2005 bis 2022) weitere AKW gebaut werden. Doch auch hier wird der Atomstrom durch eine spezielle Steuergesetzgebung für Atomstrom-Großabnehmer extrem subventioniert. Dagegen sind die Gestehungskosten bei Wind- und Solarstrom inzwischen so günstig geworden (4 bis 6 Cent/kWh), dass viele große neue Anlagen inzwischen unsubventioniert errichtet werden.
- AKW verhindern Klimaschutz: Jeder Euro, der in Atomkraft fließt, fehlt für den Ausbau Erneuerbarer Energien, von Netzausbau, Speicher und Effizienzmaßnahmen.

- AKWs sind unflexibel: Im Unterschied zu Gaskraftwerken oder kombinierten Gas und Dampfkraftwerken (GuD) können AKW ihre Leistung kaum regeln. In Kombination mit volatilem Solar- und Windstrom braucht es aber Kraftwerke, die sich bei Strommangel oder -überschuss schnell herauf- oder herunterfahren lassen.

- Die Uranressourcen sind endlich: Für den Betrieb der laufenden AKW reichen die wirtschaftlich abbaubaren Uranvorräte nur noch wenige Jahrzehnte. Auch Brennstoff verlängernde Techniken wie Schneller Brüter oder Thorium-Reaktoren haben sich in der Praxis bislang nicht bewährt.

- AKW sind zu gefährlich: Beim Betrieb kann es jeden Tag zu einem schweren Atomunfall kommen, mit dauerhaften Folgen für Leben und Gesundheit von Millionen Menschen. Das zeigte Harrisburg (USA), Tschernobyl (UdSSR) und Fukushima (Japan). Übrigens: 2007 schrammte auch das deutsche AKW Krümmel bei einem Trafobrand nur knapp am GAU vorbei, als die automatische Abschaltung versagte und das giftige Rauchgas in den Leitstand eindrang. Es hat gute Gründe, dass die Versicherungswirtschaft, die seinerzeit Berechnungen zur Sicherheit der AKW anstellen ließ, zum Ergebnis kam, dass AKW nicht versicherbar seien.

- AKW begünstigen Atomwaffenbau und Terrorismus: Die für Brennstäbe nötige Urananreicherung ist auch eine Schlüsseltechnik zur Herstellung von Atomwaffen, ebenso die Gewinnung von Plutonium aus abgebrannten Brennstäben. Zusätzlich gilt: Je mehr AKW weltweit betrieben werden, desto größer ist die Gefahr, dass Material abgezweigt wird und in gefährliche Hände gelangt. Selbst wenn das radioaktive Material von Terroristen „nur“ zur großflächigen radioaktiven „Verseuchung“ eingesetzt werden sollte.

- Das Atommüllproblem ist ungelöst: Es gibt derzeit weltweit kein dauerhaft (!) sicheres Lager für Atommüll. Einzig in Finnland wurde mit dem Bau eines nach menschlichem Ermessen sicheren Endlagers in bis zu 450 m tiefem Granitgestein begonnen, das die Vorteile des dort dichten Gesteins mit zusätzlich gegen Wassereintritte schützendem Ton kombiniert, und in dem der Atommüll auf hundert Jahre notfalls auch rückholbar wäre. Der dafür nötige Aufwand lässt erahnen, wie teuer Atomstrom wäre, wenn die Endlagerkosten nicht über Steuern finanziert werden. Ansonsten stehen und liegen inzwischen weltweit ca. 300.000 t hochradioaktiver Atommüll in sog. Zwischenlagern herum.

- Atomkraft ist umweltschädlich: Vom Abbau von Uran über die Aufbereitung der Brennstäbe bis zur Entsorgung setzt die Produktionskette radioaktive Emissionen frei mit schweren Schäden für Mensch und Umwelt. Die Aufbereitung der Brennstäbe z.B. führte zur radioaktiven Kontamination des Grundwassers in Tricastin bzw. des Meerwassers in La Hague (Frankreich) und in Sellafield (England).

- AKW sind anfällig für den Klimawandel: Aufgrund trockener Sommer fehlt es an den Fluss-Standorten an Kühlwasser, so dass in den letzten Jahren viele AKW deshalb immer wieder abgeschaltet werden mussten. Ein Standort am Meer macht die AKW wegen der Kühlung mit korrosivem Meerwasser teurer und erhöht die Unsicherheit u.a. durch Überflutungsgefahr.

Weiterbetrieb alter AKWs ist hochgefährlich!

Schon im Bereich der Rohrleitungen außerhalb des Sicher-

heitsbehälters der AKW kommt es durch ganz normale Alterung des Stahls im Lauf der Zeit zu Rissbildungen. Ggfs. wird dieser Effekt durch Wasserstoffbildung im Kühlwasser noch beschleunigt. So hatten sich z.B. im belgischen Reaktor Tihange bis zu 9.000 Risse gebildet. Aber auch in deutschen AKW ist bzw. war dies in praktisch jedem älteren AKW der Fall, egal ob in Phillipsburg, Neckarwestheim oder Krümmel. Dies ist ein großes Sicherheitsrisiko, denn bricht eine der Leitungen, kommt es bei nicht rechtzeitiger Abschaltung zur Überhitzung des Kernbereichs mit den Brennstäben und dadurch letztlich zur Kernschmelze, dem GAU.

AKW der jüngsten und teuersten Generation – z.B. EPR III+ – haben zusätzliche Sicherungssysteme, die die Zeit bis zum Eintritt des GAU zwar verlängern, aber ihn nicht sicher verhindern können. (Beim weltweit modernsten EPR Reaktor in Taishan China entwichen bereits nach drei Jahren Betrieb wegen Korrosionsproblemen radioaktive Gase). Und bei fast allen derzeit in Betrieb befindlichen alten AKWs fehlen diese modernen Sicherungssysteme ohnehin.

Auch da Stillstandzeiten und das Ersetzen von Bauteilen teuer ist, kommt es bei AKW oft nur zur „Flickschusterei“. Beim AKW Krümmel z.B. wurden defekte Rohrleitungen mit 17 cm tiefen Rissen nicht etwa ausgetauscht, sondern durch Auftragsschweißen nur „verstopft“. Noch gefährlicher wird es im hochradioaktiven Kernbereich der Reaktoren. Schon vor Bau der ersten kommerziellen AKW wurde gemutmaßt, dass die im Reaktorkern wirkende Neutronenstrahlung die Alterung und Korrosion erheblich beschleunigt. Trotzdem wurden die ersten 20 Jahre AKW gebaut, ohne die Wirkung der Neutronenstrahlung überhaupt gründlich erforscht zu haben.

Wie wirtschaftliche Interessen beim Weiterbetrieb die Sicherheit überwiegen, zeigt das Beispiel des AKW ISAR 1. Diverse Gutachten attestierten bereits nach 30 Jahren Betriebszeit massive Alterungsschäden, die die bayerische Staatsregierung auf Drängen des Betreibers EON zunächst ignorierte. Erst nach Fukushima wurde ISAR 1 stillgelegt.

Atomenergie als Energiewendebremse

Selbst wenn einmal neue Technologien tatsächlich ein von gefährlichen Risiken und irreversiblen Schäden freie Nutzung von Atomenergie ermöglichen sollten, und das zu geringen Kosten, dann würde das nach heutigem Stand der Technik noch viele Jahrzehnte dauern. Dazu lässt uns aber die Geschwindigkeit des Klimawandels gar keine Zeit. Es ist zwar verständlich, wenn in der Kernenergie tätige Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker nur ungern von der Kernenergie lassen (wer wird schon gerne überflüssig). Und es ist verständlich wenn auch junge, zukunftsorientierte Menschen auf die plausibel (!) klingenden „Argumente“ dieser Atomlobby reinfallen. Und es ist auch verständlich, wenn Teile der fossilen Energie-Lobby auf den Atomzug mit aufspringen, denn mit der Vertröstung auf eine atomare Zukunft, die Windräder und Solarfelder überflüssig macht, können sie ihr Erdgas länger verkaufen. Doch wir sollten uns nicht an der Nase rumführen lassen, und stattdessen unverzüglich die Erzeugung, Verteilung und Speicherung erneuerbarer Energien vorantreiben!

Hinweis: Auf www.climat-watch-celle.de kann eine ausführlichere Version dieses Artikels als PDF heruntergeladen werden.

Istanbul Konvention auch lokal stärken

Im Ausschuss für Soziales und Gesundheit hat die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Celle Bianka Lawin im November eine „Evaluation und Handlungsempfehlung zur Umsetzung der Istanbul Konvention“ vorgestellt. Hintergrund: Die 2014 in Kraft getretene Istanbul-Konvention des Europarats ist ein internationales Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Sie definiert Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Menschenrechtsverletzung und als Zeichen der Ungleichstellung von Frauen und Männern. Seit Februar 2018 ist die Konvention in Deutschland geltendes Recht.

Die Gleichstellungsbeauftragte stellte die im Landkreis vorhandenen Hilfsangebote und ihre Vernetzungsstruktur vor. Und sie benannte Handlungsempfehlungen:

Für die Vermittlung von Wohnraum für von Gewalt betroffenen Frauen oder wohnungslosen Frauen, insbesondere nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus, soll eine Kontingent an Wohnraum in Absprache mit Wohnungsgesellschaften und Privatvermietern bereitgestellt werden.

Zur Planungssicherheit, insbesondere für Personal, sollen sichere Kostenzusagen erfolgen, wie beispielsweise für das Projekt Täterarbeit des Linerhauses.

Hinsichtlich der Finanzierung der Frauenhäuser bedarf es der Kostenzusage für unbegrenzte Aufenthaltsdauer, d.h. jede betroffene Frau muss mit ihren Kindern das Recht auf einen Frauenhausplatz im Krisenfall haben.

Schließlich wünschte sich die Gleichstellungsbeauftragte ein Bekenntnis des Kreis- und Stadtrates zur Umsetzung der Istanbul Konvention mit stetiger Evaluierung und finanzieller Anpassung von Maßnahmen und Angeboten.

In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob Politik und Verwaltung sich dieser Handlungsempfehlungen annehmen.

Zur Situation im Jahr 2020 siehe die Spalte rechts.



Situation in Celle 2020

Beratungsstellen:

➤ BISS

- 404 Fälle von häuslicher Gewalt bearbeitet, davon 298 Fälle, in denen Frauen von
- häuslicher Gewalt betroffen waren
- 368 Einsatzprotokolle der Polizei zu häuslicher Gewalt an die BISS
- 315 Kinder waren direkt oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen

➤ Beratungsstelle Feroxia

- 260 Beratungsfälle (40 Frauen vor Ort und 220 telefonisch oder online)

Frauenschutzhäuser:

➤ Haus der Familie

- 80 (38 Frauen und 42 Kinder) Personen wurden aufgenommen aufgrund von häuslicher Gewalt
- Die Aufenthaltsdauer betrug von einigen Tagen bis zu 6 Monaten und länger
- Grundsätzlich ist das Wohnungsangebot für Alleinerziehende, die von Transferleistungen leben, eine Herausforderung
- 86 Frauen hatten insgesamt 214 Beratungsgespräche
- 84 Personen wurden abgewiesen
- 71 Frauen konnten nicht aufgenommen werden, weil das Sicherheitsrisiko zu groß war oder psychische Erkrankungen oder Suchtproblematiken vorlagen

➤ Frauenhaus Celle e.V.

- 1245 Beratungsgespräche, davon 213 außerhalb der Bürozeiten
- 28 Frauen und 31 Kinder wurden aufgenommen, davon waren 64% mit Migrationshintergrund
- 131 Frauen wurden abgewiesen
- Die Aufenthaltsdauer betrug von einer Woche bis zu 6 Monaten und länger
- Keine Frau ist nach Aufnahme zu dem Gewalttäter zurückgekehrt
- Besondere Schwierigkeiten waren Wohnungsmangel und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, ausländerrechtliche Beschränkungen, Finanzierung von schutzbedürftigen Frauen, die keine Sozialleistungsansprüche haben, Probleme mit den Tätern im Umgangs- und Sorgerecht

Brutalisierung und Widerstand

Pushback ist Unwort des Jahres 2021. Die Jury kritisiert die Verwendung des Ausdrucks, weil mit ihm ein menschenfeindlicher Prozess beschönigt wird, der den Menschen auf der Flucht die Möglichkeit nimmt, das Menschen- und Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen. Passend dazu hörten wir im Wahlkampf: „2015 darf sich nicht wiederholen.“ Und in Belarus werden weiterhin etwa 2.000 Geflüchtete unter furchtbaren Bedingungen in Lagern festgehalten, teilweise mit Nummern angesprochen und in Handschellen vorgeführt.

Seit im „langen Sommer der Migration“ 2015 Hunderttausende die Grenzen Europas überwandern, ist das europäische Grenzregime grundlegend verändert worden. Was einhergeht mit einer zunehmenden Brutalisierung der Grenzschutzpraktiken und einer Politik des aktiven Sterbenlassens an den Außengrenzen. Parallel dazu erstarken im Inneren Europas rechte Bewegungen und Regierungen. Und obwohl die post-migrantische Gesellschaft der Vielen in Europa längst soziale Realität geworden ist, ist das neue Grenzregime weiter von Rassismus geprägt. Doch auch die Kämpfe um Teilhabe und Bewegungsfreiheit haben sich seit 2015 weiterentwi-

ckelt. Neue Allianzen haben sich entwickelt, die für radikale Vielfalt und Offenheit eintreten.

Mit diesen Entwicklungen befasst sich der jetzt im Verlag Assoziation A erschienene vierte Band der Reihe „Grenzregime“. Das vielleicht Erstaunlichste ist, dass es eine deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft gibt, die sich derart facettenreich und kritisch mit der Brutalisierung der Grenzregime befasst. Die 19 Aufsätze versuchen mit unterschiedlichen Perspektiven das Spannungsfeld zu begreifen zwischen der europäischen Ausgrenzungspolitik und den Kämpfen um Bewegungsfreiheit.

Hier sollen im folgenden nur zwei Begriffe vorgestellt werden, die die Entwicklung der letzten Jahre zu fassen versuchen:

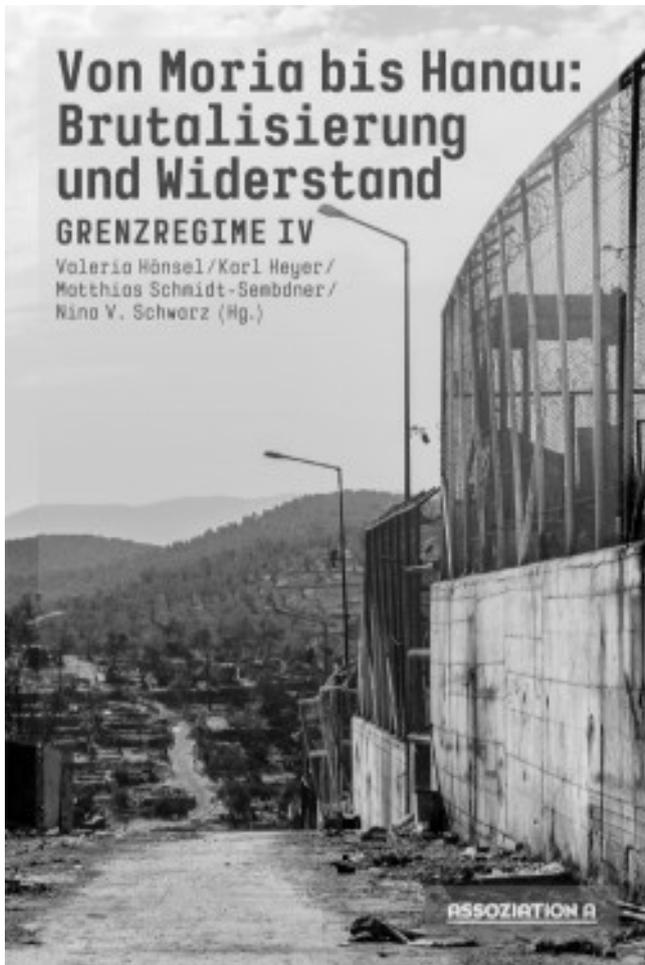
Die Migrationspolitik Europas ordnet der Politikwissenschaftler Fabian Georgi einem **„autoritären Festungskapitalismus“** zu: Die Insel relativen Wohlstands soll repressiv und festungsgleich nach innen und außen abgesichert werden. Unkontrollierte Mobilität soll verhindert werden, dies auch um für die eigenen Bevölkerungen Akzeptanz für eine regulierte Arbeitsmigration herzustellen. Und daneben ist mit dem Ausbau des Sicherheitssystems auch Profit zu machen.

Dagegen steht **„Bewegungsfreiheit“** als emanzipative Perspektive. Doch worum geht es bei dieser Kernforderung migrantischer Kämpfe? Da steht zum Beispiel ein „open borders“-Ansatz, der – sehr kurz gefasst – die Grenzen öffnen will, einer „no borders“-Forderung gegenüber, die auf die Abschaffung von Grenzen zielt. Abgesehen von all den damit verbundenen Problemen, drängt sich hier die Frage der Umsetzbarkeit in den Vordergrund. Anstatt sich an den Grenzen „abzuarbeiten“, hat vielleicht ein anderes Verständnis von Bewegungsfreiheit mehr Wirkmacht: Flucht nicht nur als Reaktion auf politischen und ökonomischen Druck aufzufassen, sondern als „kreative Subversion“, die – wie im Sommer 2015 – Machtverhältnisse nicht erduldet, sondern beeinflusst. Dies beschreiben Autor:innen des Bandes an etlichen Beispielen.

Dazu gehört auch „Der städtische Raum als regionales Laboratorium des Widerstands“ – so die Überschrift eines Kapitels, in dem auf „solidarische Städte“ geschaut wird (und hier exemplarisch auch auf Palermo).

Wer sich gegen Festungskapitalismus und für Bewegungsfreiheit engagiert, findet in diesem Band also Unterstützung dabei, die Welt und ihre Widersprüche vielleicht besser zu verstehen.

Hänsel | Heyer | Schmidt-Sembdner | Schwarz (Hg.): Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV. Assoziation A, ISBN 978-3-86241-482-6, 440 Seiten, 22,00 Euro



Things have changed

Im November gab die hiesige RWLE-Möller-Stiftung den Autoren Mischa Kopmann als Stipendiaten für 2021/22 bekannt. Kopmann stammt aus Celle, lebt allerdings schon seit Jahren in Hamburg und beschreibt seine Bindung an die Heidestadt als nicht sehr eng: Er habe keine besonderen Erwartungen, - allerdings sei mit dem Stipendium auch keine Residenzpflicht verbunden wie bei typischem Stadtschreiber:innen-Projekten.

Dennoch kann eine solche geförderte Auszeit in ihrer Wirkung offenbar kaum überschätzt werden. Engagiert berichtet Kopmann von seinen kürzeren Förderaufenthalten in Soltau und bei Paris. In jenem Fall waren - ähnlich der „Villa Massimo“ - Künstler:innen verschiedenster Richtungen gemeinsam untergebracht: „*Ich bin als einziger nicht in die französische Hauptstadt reingekommen – und als mein Zug zurück nach Deutschland um 6.30 losfuhr, da hatte ich gerade drei Stunden vorher meinen letzten Punkt getippt!*“ Die Chance zum Arbeiten also fleißig genutzt.

Förderlich waren auch die Anerkennung durch kleinere Literaturpreise (den Allegra Kurzgeschichtenpreis und den Walter Sermer Preis).

Und das ist spürbar: Nein, die Lehr- und Wanderjahre, die lägen nun denn doch hinter ihm, sagt Kopmann. Er sei froh, mittlerweile seine Stimme gefunden zu haben. - Natürlich sei das Schreiben nach wie vor eine harte Sache, jedoch fühlt er sich angekommen. Weiß heute, dass nicht um jede Formulierung, um jeden Satz gnadenlos gerungen werden muss. Und nicht jedes beendete Buch muss wie ehemals mit einer nahezu totalen Erschöpfung bezahlt werden.

Dafür sei er besonders dankbar, dass an diesem Punkt seines Weges eine gewisse Gelassenheit einkehren konnte. Und er sieht sich beschenkt durch das Wirken Bob Dylans, dessen Werk Kopmann sich seit Jahren verbunden fühlt.

Und überhaupt Musik: Es sei gar nicht auszuloten, in welchem Maße die Musik – und in den letzten Jahren heiße das beileibe nicht nur Beatles bzw. rocklandroll, sondern gern auch Jazz in seinen so vielen Spielarten – ihn dabei begleitet habe, seine Stimme finden zu können. Die Stimme? – Ja, das ist der Vorgang, die Erkundung der Pforten, Türen und Räume der innerweltlichen Architektur auf dem Papier zu konkretisieren; und auch hier experimentiert Kopmann. Schreibmaschine und Laptop, das war früher – heute sitzt der Autor gern auch mal mit Stift und Schreibblock auf der Fensterbank.

Wie wird es nun weitergehen, vielleicht einmal eine Lesung in Celle?

Kopmann hat durchaus im Literaturhaus Hamburg, in

einem Altonaer Szenetreff und auf der Leipziger Buchmesse gelesen, doch der Autor mag sich nicht festlegen. – Sicher ist er sich hingegen in einer skeptischen Sicht auf die Literatur in Zukunft: „*Wer liest denn heute noch Bücher über 200 Seiten?*“ Da sei ein verknöchertes Verlags- und Buchvertriebswesen auch nicht förderlich.



Aber nicht nur die fehlende Beschäftigung mit den „schönen Künsten“ auch das fehlende politische Bewusstsein bzw. die Geschichtslosigkeit allzu vieler junger Leute, die beunruhigen Kopmann. Im Gespräch schwenkt er das Smartphone: „*Hauptsache lesbare Pixelgröße und schlichter, kompakter Inhalt.*“

Gleichwohl, ein Freund von Eliten ist Kopmann beileibe nicht und daher muss, wer eine Stimme zur Verfügung hat, dann folglich sein Sprechen fortentwickeln: - so wie beim aktuellen Projekt „zum ersten Male interessieren sich jetzt meine (erwachsenen) Kinder für das was und wie ich da schreibe“ und das freut ihn sichtlich.

Die Dinge werden sich weiterhin ändern – und wir dürfen gespannt sein.

Mischa Kopmann im Osburg Verlag;

Dorfidioten - Roman, 240 Seiten, € 20,00 - 2019 - ISBN 978-3-95510-179-4

Aquariumtrinker - Roman, 230 Seiten, 20,00 € - 2017 - ISBN: 978-3-95510-126-8

Haus in Flammen - Roman, 160 Seiten, € 20,00 - ISBN 978-3-95510-274-6 - Erscheint am 22.02.2022

1:blicke in die Kleiderschränke der Schmidts

Wer jemals bei verstorbenen Eltern oder Großeltern eine Haushaltsauflösung machen musste, wird in der Ausstellung „Vom Wert der Kleidung“ schnell ein Déjà vu haben: Warum nur um alles in der Welt konnten sie sich nicht von ihren Altkleidern trennen? Und dann kommt vielleicht der auratische Kick: Sie hatten eine anscheinend über den Gebrauchswert hinausgehende lebensgeschichtliche Bedeutung. Und wir selbst erinnern uns an den „gelungenen“ Fahrradausflug der Kindheit, bei dem die Mutter genau dieses eine Kleid getragen hat, bevor wir es in den Karton für die Altkleidersammlung oder den Umsonstladen tun.

Ein bisschen kann es auch Besucher:innen so gehen: Den Pullover mit V-Ausschnitt kenne ich z.B. in schwarz-weiß aus einem TV-Interview, das lange Zeit mal bei youtube zu sehen war. Und klar: Die grüne Lederjacke, die für Schmidt-Aficionados eine ähnliche Bedeutung haben wird wie das Woodstock-Fransenhemd für die Fans von Jimi Hendrix.

Und folgerichtig wird zu jedem der einzeln ausgestellten Exponate eine „Geschichte erzählt“, die unterschiedliche Facetten des Gebrauchswerts im Lebensalltag der beiden und im Werk Arno Schmidts beleuchten.

Auf den ersten Blick schon wird deutlich, dass Kleidung mal etwas ganz anderes war als „Fast-Fashion“, nicht Überfluss, sondern in den Nachkriegsjahren ein weiteres Feld der Mangelwirtschaft. Entsprechend wurde sie behandelt und eben auch repariert. Zu einem Wollpullunder aus einer amerikanischen Kleiderspende erläutern die Ausstellungsmacher:innen:

„Alice Schmidt stopft und repariert an vielen Abenden zerschlissene Kleidung, während ihr Mann ihr etwas vorliest oder das Radio läuft. Obwohl sie diese Arbeiten sorgfältig und fein ausführt, wirkt der graue Pullunder mit seinen großflächigen Reparaturstellen abgetragen. Da es sich um ein wertvolles Stück aus maschinenge-strickter Schurwolle handelt, versucht Alice Schmidt immer wieder es noch zu retten.“

Zu einer Art Berufskleidung des Schriftstellers wird ein schwarzer Pullover aus Shetlandwolle, weil es etliche Fotografien gibt, die Schmidt in diesem Kleidungsstück zeigen. Auch dieses ist oft getragen, was sich nicht nur an den Reparaturen zeigt, *„sondern auch daran, dass viele Waschgänge die Farbe von schwarz zu blau verwandelt haben.“*

Wie sich Kleidung mit Schmidts Werk verbindet offenbart die Ausstellung am Beispiel eines blauen Regen-capes von Alice Schmidt. Es taucht auf im Anfangssatz des Romans *Das steinerne Herz*: *„In unserem Wassertropfen: Ein metallisch blauer Kegel kam mir entgegen; im Visier 2 stumpfe Augenkerne.“* In ihrem Tagebuch



schreibt Alice: *„Ich kränke Arno zu tiefst, weil ich den >blauen Kegel< in seiner (gewissermaßen) Overtüre für ein Auto gehalten (nach langem nachdenken) und da soll ich mir mein stahlblaues Cape anlegen u. vorn Spiegel treten.“*

Mit der Beschreibung, die statt der menschlichen Gestalt nur geometrische Formen benennt, entfernte sich Schmidt weit vom konkreten Kleidungsstück, erläutern die Ausstellungsmacher:innen, was auch zeige, wie literarische Texte funktionieren: *„Es gibt keine eindeutigen Referenzen auf die außerliterarische Wirklichkeit, auch wenn der Autor selbst das in diesem Fall seiner Frau suggerieren möchte.“*

Später, so erfahren die Besucher:innen, legte Schmidt sich Ausschnitte aus Versandhauskatalogen neben die Schreibmaschine und "bekleidete" sein Romanpersonal mit den abgebildeten Stücken.

Äußerst gelungen ist, wie über großflächige Medieninstallationen eine Meta-Ebene in den Ausstellungsraum eingebracht ist, die mit Fotos und allgemeineren Texten eine Auseinandersetzung über den „Wert der Kleidung“ anregt.

Die Auswahl der Exponate aus den über 1.000 Kleidungsstücke von Arno und Alice Schmidt war wahrscheinlich auch dadurch bestimmt, was über die einzel-



nen Stücke an Informationen verfügbar war. Was anfangen mit dem Rest? Die „Lösung“ überzeugt. Wie in einem altmodischen Bekleidungshandel werden sie in einem Regal von 20 Metern Länge präsentiert. Und die Besucher:innen fragen sich, wie das alles in dieses kleine Bargfelder Häuschen passte.

Und auch hier begegnet uns ein frappanter Gegensatz zu aktuellen Fast-Fashion-Gepflogenheiten. In den Schränken greifbar war jeweils nur die jahreszeitlich passende Bekleidung. Im Frühjahr verpackte das Paar die Winterkleidung, um es in Kisten auf dem Dachboden und Schuppen zwischenzulagern, wohin dann im Herbst die Sommerkleidung verschwand.

In diesem Regal ist die überwiegende Zahl der Stücke von Alice Schmidt, und die Ausstellungsmacher:innen fragen sich, zu welchen Gelegenheiten Alice Schmidt all diese Stücke getragen hat: *„Angesichts der dörflichen Zurückgezogenheit, in der das Paar lebte, verwundert es nicht, dass viele der neueren hochwertigen Textilien fast unbenutzt wirken. Sie werden allenfalls bei den seltenen Ausflügen und Besuchen zu Ehren gekommen sein.“*

Aber sie stellen auch eine weitere Vermutung an, die uns wieder an den Anfang dieser Betrachtung führt. Das älteste erhaltene und fotografisch dokumentierte Stück in der Sammlung sind Rock und Bluse (siehe Foto oben), die Alice bereits 1937 getragen – und dann bei Flucht und allen weiteren Umzügen mitgenommen hat. Es gibt kein einziges Nachkriegsfoto, das sie in diesem Ensemble zeigt: *„Doch sie hat sie, möglicherweise als Erinnerung an Schlesien, sorgsam verwahrt.“*



Vom Wert der Kleidung

Textilien aus dem Nachlass von Arno und Alice Schmidt

Eine Ausstellung der Arno Schmidt Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bomann-Museum Celle. Kuratiert von Susanne Fischer, Friedrich Forssman und Hilke Langhammer.

Noch bis zum 7. Juni 2022 – Begleitveranstaltungen siehe Seite 24; am letzten Samstag im Monat ist der Museumsbesuch übrigens kostenlos (also: 26.2. und 26.3.).



Begleitveranstaltungen Vom Wert der Kleidung

Tina oder über die Unsterblichkeit

Lesung mit Bernd Rauschenbach und Joachim Kersten

Die Darmstädter Künstlerkolonie der 50er Jahre wird in dieser Erzählung boshaft gespiegelt: Ein geheimnisvoller Unbekannter führt den Erzähler in ein unterirdisches Elysium unter der Stadt. Dort langweilen und streiten sich verstorbenen Schriftsteller, die sich danach sehnen, auf Erden endlich vergessen zu werden – denn nur dann dürfen sie das Elysium verlassen und sich endgültig auflösen. Arno Schmidts Satire auf den Nachruhm reagiert mit viel Witz auf seine Darmstädter Jahre und die fragwürdige Betriebsamkeit seiner ehrgeizigen Kollegen.

10.02.2022, 18.00, Eintritt: 5,00

17.02.2022, 15.30 Uhr

Museums-Melange:

Woldeckenmantel und Zuckersackbluse: Not macht erfinderisch » (Hilke Langhammer M.A.)

Eintritt inklusive Kaffee & Kuchen: 8,50 EUR; Kartenreservierung unter Tel. (05141) 12 45 40

20.02.2022, 11.30

Führung: Vom Wert der Kleidung » (Hilke Langhammer)

20.03.2022, 11.30

Führung: Vom Wert der Kleidung (Susanne Fischer)

Schwarze Spiegel

Lesung und Gespräch mit dem Zeichner Nicolas Mahler und Susanne Fischer

Wir befinden uns im Sommer des Jahres 1960. Ein Mann radelt durch eine geisterhafte Landschaft. Ein Atomschlag fünf Jahre zuvor hat die Erde entvölkert. Der Mann stöbert in den menschenleeren Dörfern der Umgebung nach brauchbarem Material und Vorräten. Wider Erwarten trifft er auf einen anderen Menschen, eine Frau. »Was werden sie tun? Einander in die Arme sinken? Einander totschießen? Oder schweigend aneinander vorbei gehen?«

Arno Schmidts Kurzroman Schwarze Spiegel hat der Comiczeichner Nicolas Mahler als Graphic Novel in Szene gesetzt. In den Jahren zuvor erschienen von ihm gezeichnete Versionen von Ulysses und Finnegans Wake nach James Joyce. Anhand zahlreicher Bildbeispiele gibt Mahler Einblicke in das Entstehen seiner Schmidt-Adaption, der Arbeit an Graphic Novels im Allgemeinen und die unterschiedlichen Zugänge bei seinen Verknüpfungen von Arno Schmidt und James Joyce.

24.03.2022, 18.30, Eintritt: 5,00

jeweils im Bomann-Museum



Viele unserer Leser:innen kennen Uli Wissmann als den wohl besten Gitarristen, den unsere kleine Stadt bisher hervorgebracht hat. Dass er schon vier Krimis geschrieben hat mit dem indianischen Navaho-Polizisten Frank Begay, wissen eher wenige. Jetzt gibt es ein neues Buch: „Nicht schön, aber laut“ - ein Rockmusik-Roman.

Eine ein bisschen aus der Zeit gefallene Progrock-Band will nochmal den Sprung vom semi-professionellen Status dahin schaffen, vom Musikmachen leben zu können. Um häufiger gebucht zu werden, geben sie sich erfolgreich als Ami-Band aus. Doch sie sehen sich zunehmend genötigt, ihre musikalischen Ansprüche einzudampfen, um beim Publikum anzukommen. Der Tour-Alltag stresst und verträgt sich immer weniger mit familiären Verpflichtungen, so dass ... - aber mehr soll nicht verraten werden.

Daneben hat Wissmann andere Ebenen eingezogen: So diskutiert er die Bevorzugung von US-Bands durch Veranstalter:innen. Und er lässt uns teilhaben an seiner musikalischen Sozialisation, zu der die Beatles genauso gehören wie die – aus seiner Sicht – Hochphase der Popmusik mit Bands wie Pink Floyd oder Genesis. Spannende Passagen, genauso wie sein Verständnis vom Funktionieren von Bands.

Leser:innen aus unserer kleinen Stadt werden einzelne Protagonisten erkennen, was als amüsante Zugabe genommen werden sollte, auch wenn sich vielleicht der eine oder andere auf die Füße getreten fühlen dürfte.

Ulrich Wißmann: Nicht schön, aber laut. Ein Rockmusik-Roman, 248 Seiten, 2021 tredition (Verlag), 978-3-347-42462-3 (ISBN), als Hard-Cover 17,99, als Taschenbuch 9,99 und als e-book schon für 2,99 €.

Alarmsignal – Ästhetik des Widerstands

Von Alarmsignal gibt's seit Mitte Januar ein neues Album: „Ästhetik des Widerstands“. Eine Besprechung findet sich auf Seite 27 – hier erst mal ein Interview.

?: So als *Alter Weißer Mann* fiel mir beim Album-Titel als erstes der Roman von Peter Weiss ein. Jetzt müsst ihr selbstverständlich fragen: Wer ist das? Aber im Ernst - welche Überlegung steckt hinter dem Titel?

Steff: Peter Weiss kennen wir natürlich, wir haben sogar mal in seinem Haus gespielt. Also nicht in seinem richtigen Haus, sondern im "Haus der Freundschaft" in Rostock, welches seit einigen Jahren als "Peter-Weiss-Haus" bekannt ist. Wir wissen, dass er ein Werk mit selbigem Titel geschrieben hat. Das war jedoch nicht ausschlaggebend und hatte auch keinen Einfluss, zumal der Albumtitel erst entstand, nachdem alle Songs geschrieben waren. Wir saßen am letzten Abend der Aufnahmen zusammen und sind eine lange Liste mit Ideen durchgegangen; und "Ästhetik des Widerstands" hat sich nach langen Diskussionen durchgesetzt. Für mich persönlich ist er interessant, weil er zum einen ein breites Spielfeld an Interpretation lässt und zum anderen im Widerstand, der ja oft mit un schönen Bildern dargestellt wird, auch etwas Schönes sieht. Vorausgesetzt, es ist Widerstand für eine gute Sache natürlich. Außerdem lässt er sich auch gut auf den Album-Inhalt beziehen, da dieser nicht nur politische Thematiken anschneidet, sondern auch persönliche Kämpfe, innere Kämpfe, die es oft mit sich selbst auszutragen gibt. Und die sich schön anfühlen können, wenn sie erfolgreich ausgetragen wurden bzw. unterm Strich eine positive Bilanz gezogen werden kann.

?: Es ist ja auch ein Geburtstagsalbum - also 20 Jahre Alarmsignal. Was könnt ihr heute besser als vor 10 oder 20 Jahren? Und auf der anderen Seite: Ist irgendwas "verloren" gegangen?

Steff: Verloren gegangen ist auf alle Fälle ein großes Stück "musikalische Unbekümmertheit". Die wurde über die Jahre von einem "höheren Anspruch" verdrängt, was aber vielleicht normal ist, da wir uns als Band auch ein wenig entwickelt haben, und

ständig auf der Stelle zu treten ja auch langweilig ist. Da, wo wir früher einfach froh waren, überhaupt einen Song zusammengeschustert zu haben, und mit dem zufrieden waren, was wir da so komponiert hatten, werkeln wir heute etwas intensiver und probieren mehr aus. Das ist dann auch das, was wir heute besser können. Uns mehr Zeit zu nehmen, offener zu sein und ein wenig mehr experimentierfreud. Wir können uns heute auch anspruchsvoller streiten als damals, also auch in diesem Bereich haben wir dazu gelernt.

?: Auf keinem Album vorher hattet ihr so viele Kollaborationen - wie es im Musikmagazin-Sprech heißt - also: Zusammenarbeit mit anderen Musiker:innen. Wie ist es dazu gekommen? Eine Art Studio-Geburtstags-Party?

Steff: Die hätten wir liebend gerne gefeiert, aber während wir in den Studiokellerräumen in Düsseldorf aufgenommen haben, befand sich die Welt oben im "Lockdown Light", weshalb wir größtenteils unter uns blieben. Einzig Dariush Beigui, Seenotretter der Iuventa-Crew, ist für seinen Part ins Studio gekommen, die anderen haben aufgrund der Umstände zu Hause aufgenommen. Zu den jeweiligen Gastsänger:innen ist es aus verschiedenen Gründen gekommen. Wir kennen sie, mögen sie und ihre Bands und hatten das Gefühl, dass der Song, für den wir sie gefragt haben, musikalisch oder inhaltlich gut für sie passt. Und das war schließlich auch so. Alle haben sofort zugesagt und den jeweiligen Song teilweise sogar nochmal mit eigenen Ideen bereichert.

Ein anderer Grund ist sicherlich auch, dass unser alter Gitarrist Borsti (Küsschen Borsti, falls du das liest) vor Beginn der Arbeiten zu diesem Album ausgestiegen ist. Musikalische Verluste sind im Studio immer ausgleich-



Foto: Tom Zelger

bar, da semmelste einfach nochmal ein paar Gitarrenspuren drüber, aber gesänglich fehlte da natürlich ein Stück vom Kuchen, weshalb wir die Anzahl der Gastsänger:innen etwas üppiger als zuvor gestalteten.

?: Was ihr ja - "meine Meinung" - richtig gut drauf habt: Hooks & Hymnen. Die werden ja nach zwei-, dreimal Hören zu "Ohrwürmern" bzw. nötigen zum Mitgröhlen. Feine Kunst, aber bekommt ihr nicht manchmal selbst schon Angst dahingehend, dass - weil's so "eingängig" ist - sich wer meldet und sagt: Das habt ihr von mir geklaut?

Kühn: Ja, das war mit Trash Society aus Celle so. Die haben einfach behauptet, unser hooks- und hymnenreicher Mitgröhlsong "Wir Leben" wäre von denen, haha. Marvin, der alte Spinner (an dieser Stelle hugs'n'kisses). Aber klar, wenn da ein eingängiger Reim/Refrain ist, dann gab's diesen bestimmt schon mal irgendwo anders. Wie dieser Sportfreunde Stiller - Song, wo's so geht "1914, 33 auf ins nächste Jahrhundert, ja so stimmen wir alle ein, mit der Waffe in der Hand und dem Vaterland im Herz, werden wir Weltkriegssieger sein", ich meine das war doch klar, dass irgendwer mal so was schreibt, das war ja mal wieder ein deutscher Text, der früher oder später von irgendwem geschrieben werden musste. Auch wenn wir den natürlich nicht geil finden, das ist unterste Heino-Schulblade, aber das Beispiel beschreibt gut was ich meine.

Steff: Für einen guten und eingängigen Punkrocksong, reichen lediglich 3-4 Akkorde. Es gibt da auch so ein paar Wunderakkordreihenfolgen, die funktionieren (fast) immer, egal in welcher Reihenfolge sie gespielt werden. Die sind immer eine sichere Bank, weshalb sie oft genutzt werden, bilden aber in der Regel nur ein Grundgerüst, auf das man viele verschiedene und tolle Gesangsmelodien drauf singen kann. Im Gegensatz zum Songwriting vieler anderer beginne ich meistens zuerst mit einem Text, genauer gesagt mit dem Refrain, für den ich meistens schon eine Melodie im Kopf habe und um diesen baue ich dann den Rest, der ganz oft auf die erwähnten Wunderakkordreihenfolgen passt. Somit, also dass bei mir nicht die komplette Melodie am Anfang steht, sondern erst die Buchstaben, meine ich zumindest für mich die Gefahr geringer zu halten, dass da im Unterbewusstsein eine Melodie oder ein anderer Song mitläuft, der mich irgendwie beeinflussen könnte, damit ICH es bin, der im Ernstfall das Diebstahl-Fass aufmachen kann, hihi. Nee, aber bei der Menge an Bands und den im Vergleich dazu oft identischen Mitteln, denen sich beim Komponieren bedient wird, bleibt es natürlich nicht aus, dass es hier und da mal Ähnlichkeiten geben kann. Und wie sagte ein bekannter Punkrocksänger mal sehr passend: „Bei einem guten Punkrocksong musst du immer das Gefühl haben, ihn irgendwo schon mal gehört zu haben, erst dann ist es wirklich ein guter Punkrocksong!“

?: Bei den Texten macht ihr ja wieder eine breite Spanne auf zwischen reflexiven Zeitdiagnosen, kämpferischen Parolensongs und punk-rockiger Nabelschau. Nur eine

Nachfrage: In "Revolutionary Action" endet der Refrain mit "Get out of factory, it's non-workers century". Mir ist nicht ganz klar, in welche Richtung dieses "non-workers century" deuten soll - Fragezeichen.

Kühn: Mit der Zeile wollte ich Mut dazu machen, weniger zu arbeiten und die Veränderung zu sein, die Mensch sich so wünscht. Es scheint das höchste Gut auf Erden, irgendwas zu werden, ich empfehle an dieser Stelle „Massenphänomen Arbeitssucht“ von Holger Heide (Hrsg.), im Atlantik Verlag erschienen, ganz schön viele Seiten, steht kein Preis drauf. Obwohl uns "die Arbeit" eigentlich das Leben erleichtern sollte und von immer weniger Menschen immer mehr effizient für den Bedarf aller produziert werden könnte, schwören wir im Schweinekapitalismus auf Wachstum und so wird uns unser Konzept von Arbeit zur Geißel. Es entstehen "Arbeitsplätze", die überhaupt keinen Sinn ergeben, einfach damit Menschen arbeiten. So erkläre ich mir das Entstehen von 3/4 der Behörden. Oder dann gibt's Ärzt:innen, die können dir (ungelogen!!) Haare vom Arsch auf die Kopfhaut transplantieren. Und das ist deren Job, die verdienen damit Geld!!! Das ist doch krank, die machen aus Scheiße Gold. Was wir Arbeit nennen, ist doch oft nur ein dummes, total nicht zu Ende gedachtes soziopolitisches Konstrukt (jaja, ewiges Wachstum) und gleichzeitig ist es so unsicher, wie in der aktuellen Pandemie bewiesen, dass auf einen Schlag ganz viele "Arbeitsplätze" nicht mehr existieren (müssen). In unsere Wohlstandsgesellschaft ist es aber möglich, das aufzufangen, darum können Leute ruhig mal weniger arbeiten und mehr revoltieren, besonders Menschen in Behörden, oder diese kranken Ärzt:innen.

?: Gibt's eigentlich beim Tempo inzwischen irgendwo ein Limit? "Kein Mensch ist illegal" und "Zu weich für Punk" liegen so bei 200 bpm, bei "161" geht die Tachonadel (ganz "oldschool") schon auf 240 zu. Sagt irgendwer mal: "Bitte ein bisschen weniger schnell" oder "Das bringe ich nur noch über höchsten zwei Minuten"?

Kühn: Da bin ich wahrscheinlich die Tachonadel, die irgendwann nicht weiter steigt, ich wüsste aber gerade nicht die bpm-Zahl, bei der das ist, sorry. Ist auch tagesformabhängig. Obwohl, wenn Gitarre & Bass nur Abschlüge machen würden (was ja so das Äquivalent zum Drummen wäre), würden die wahrscheinlich irgendwann die Notbremse ziehen.

Bulli: Das ist auch so eine Sache, die sich über die Jahre geändert hat. Erstmals überhaupt zu wissen, was dieses bpm ist, das dann sogar zu benutzen und dann sogar zu merken, dass manche Songs nur 2bpm langsamer müssen, um mehr zu „flowen“. Punk ist tot, haha.

?: Auf der Single, die es als Teil des ganzen Pakets gibt, habt ihr auch einen Song zu den sogenannten Querdenker-Demos. Den Song kenne ich aber noch gar nicht. Deshalb eine andere Frage zu Corona-Zeiten. Jetzt sind ja gerade eure Konzerte in Hamburg und Hannover geplatzt und aufs nächste Jahr verschoben. Ich frage jetzt mal nicht, wie das auf die Stimmung drückt,

wenn zudem noch ein neues Album am Start ist. Aber: Wie kommt ihr "ökonomisch" durch die Phasen ohne Auftritte? Sind die "Hilfen" der Bundesregierung bei euch angekommen?

Bulli: Was von der Kulturförderung bei uns angekommen ist, ist eine Förderung für das Album von der "Initiative Musik / Neustart Kultur". Ohne diese Förderung hätte es das Album so auch nicht geben können. Und auch für viele der Konzerte, die stattfanden, war das schon recht hilfreich, wie ich es wahrgenommen habe. Ich als selbstständiger Kulturschaffender habe sonst von der Bundesregierung keine direkten Hilfen bekommen und bin immer durch alle Raster durchgefallen. Anderen Bekannten wiederum hat es geholfen. Für Menschen, die sich keinen Einblick in die ganzen Hilfen schaffen mussten, klang das alles wahrscheinlich viel barrierefreier.

Steff: Unter Bands werden diese Hilfen gerne mal "das Hartz IV der Musiker:innen" betitelt und dieses haben wir aufgrund der Umstände beantragt und im zweiten Anlauf bewilligt bekommen. Nicht nur die neue Platte, sondern auch rund um die neue Platte konnten viele Dinge damit ermöglicht werden, was sicherlich als positiv zu werten ist. Ein negativer Beigeschmack hingegen ist, dass die Bedingung daran geknüpft ist, dass bei den Produkten oder Projekten (Album, Videos etc.), die mit diesen Hilfen ermöglicht wurden, auch diejenigen aufgeführt werden müssen, die geholfen haben. Diesen Kompromiss sind wir natürlich nicht ganz ohne Zähneknirschen eingegangen.

?: Zum Geburtstag gibt es diesmal auch jeweils mit CD oder Vinyl eine Fan-Box im Angebot, auch noch mit Fahne und Booklet zu 22 Jahr Alarmsignal. Erstmal die Frage: Welcher Bestellweg ist für die Bandkasse am Besten? Und: Wie ist bei euch eigentlich das Verhältnis von Vinyl, CD und Streaming - also welchen Weg wählen die Leute am meisten, um an die Musik zu kommen?

Bulli: Unseren Kram auf unseren Konzerten zu kaufen ist immer am besten. Aber das ist bei der Box Editionen z.B. gar nicht möglich. Von daher gerne am besten unseren Bandshop nutzen. Das Hörverhalten der Menschen hat sich in den letzten Jahren ja bekanntlich stark verändert. Physisch liegt der Fokus mittlerweile definitiv auf Vinyl. Das ist durch die Pandemie nicht einfacher geworden, globale Lieferketten standen still, Rohstoffe, Papier ... - das wirkt sich alles extrem auf die Preise aus. Auch die Lieferzeiten sind echt übel geworden. Streaming führt das ganze (leider) mittlerweile an. Bei allen Streaminganbietern gibt es manche, die etwas fairer sind, aber das ist immer noch extrem weit von wirklich fair entfernt. Fast alle Zahlen pro Stream kommen nicht annähernd an 1 Cent. Bei den meisten stehen so viele Nullen hinterm Komma, dass man schon überlegen muss, wie man die Zahl ausspricht. Sowas wie "ein Zehntel Cent" oder noch weniger. Das ist schon wirklich übel. Aber wenn ihr auf Streamingdiensten unterwegs seid, freuen wir uns natürlich trotzdem sehr, wenn ihr unsere Musik dort hört und den Stuff in euren Playlisten safed.

Ästhetik des Widerstands

Vorweg müssen wir Provinzhörschneise von der revista ja mal zur Kenntnis geben: Popkulturell ist unser einziges überregional zur Kenntnis genommenes "Exportprodukt" die Band Alarmsignal. Und mit all unserer "Heimat halt's Maul"-Zurückhaltung wollen wir angesichts des aktuellen Albums trotzdem festhalten: zu Recht.

Punkrock „at it's best“ vereint schon immer Gesellschaftskritik, Revolte und den Vorschein von Utopie. Genau das schafft das neue Album von Alarmsignal.

Schon der Opener „Husolevel“ steht beispielhaft dafür. Die Band nimmt eine Beschimpfung aus dem Internet: „Ihr bringt das Hurensohn-Level auf ein ganz neues Niveau“ & dreht sie selbstironisch um: Ja, dann nehmen wird das mal als Auszeichnung, dass ihr uns als „asoziale linke Ratten“ seht. Das alles eingepackt in ein alarmsignal-typisches Gewand, das mit starker Hookline sofort einen hohen Wiedererkennungswert schafft.

Alarmsignal greift Themen auf, die uns umtreiben sollten: Das Streben an Europas Außengrenzen zum Beispiel in dem Song „Bring sich in Sicherheit“, worauf als kurzer Agit-Prop „Kein Mensch ist illegal“ folgt.

„Eigentlich Elena“ ist Anklage der Prostitution und räumt so nebenbei auf mit idiotischer Männerphantasie: „Sie macht das hier nur, weil sie's muss, nicht weil sie's kann.“ Eine empathische Abrechnung in dreieinhalb Minuten.

No Future – das war bei den Sex Pistols ja eigentlich die Prognose für die britischen Eliten. Heute geht's leider um die Überlebenschancen von Millionen, wenn nicht Milliarden von Menschen auf diesem Planeten. Alarmsignal antwortet mit einer ironischen Überaffirmation „Lass uns tanzen, wir tanzen in den Untergang“. Da wird es bei den Konzerten spannend: Bei der Studioaufnahme trägt der Song die Ambivalenz. Aber wird sich beim fast zwangsläufigen Mitsingen wenigstens eine Irritation einstellen?

Zwei Agit-Prop-Nummern werden in der nächsten Zeit mit Sicherheit auf der Setliste stehen: „Revolutionary Action“ und „161“. Englischsprachige Songs, die deutlich werden lassen, was Alarmsignal mit „Ästhetik des Widerstands“ meinen: Das selbstermächtigende Gefühl kollektiven Handelns gegen Kapitalismus, Rassismus und Faschismus. Das Schöne: Der Text von „Revolutionary Action“ transportiert bei allem Fäuste-reckenden-Gestus auch den Wunsch nach Ernsthaftigkeit.

Es gibt auch zwei Beziehungssongs, eine für Alarmsignal eher ungewohnte Ballade („Hoffnung“) und eine griffige Off-Beat-Nummer („Ich hoffe du findest was du suchst“)

Um als Fazit mal Emma Goldmann zu variieren: „Wenn nicht Alarmsignal dazu aufspielt, ist das nicht meine Revolution.“ Dafür zeigen wir dann auch mal Nachsicht mit der Gospel-Punk-Nummer, haben wir ja bei Ray Charles auch immer so gehalten.

<https://alarmsignal-shop.de/>

Stolpersteine für Heinrich Schang und Otto Elsner

Der politische Widerstand gegen den Nationalsozialismus erfolgte vor 1933 und in den Jahren bis 1936/37 – auch in Celle – vor allem aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Insbesondere die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hatten zum Teil langjährige Zuchthaus- und Konzentrationslagerhaft zu ertragen. Jetzt werden im Februar zwei Stolpersteine verlegt zur Erinnerung an Heinrich Schang und Otto Elsner.

Ihre Geschichten sollen hier kurz vorgestellt werden.

Der 1903 geborene Dachdecker Heinrich Schang, wurde erstmals am 28. März 1933 verhaftet und blieb bis zum 9. Mai 1934 zunächst in Untersuchungshaft. Am 10. Oktober 1934 wurde er erneut verhaftet und am 6. April 1934 zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe verbüßte er im Celler Zuchthaus bis zum 18. April 1938. Doch statt freigelassen zu werden, wurde er ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, wo er bis zum 9. November 1944 inhaftiert war. Dann wurde er mit anderen Konzentrationslagerhäftlingen zur berüchtigten SS-Einheit Dirlewanger überstellt. Am 12. Dezember sollte die Truppe erstmals zum Einsatz kommen. Im Wissen darum, dass sie in einem Tot-



kommando steckten, liefen etwa 400 Mann der Dirlewanger-Truppe zur Roten Armee über. Der Krieg war damit für Heinrich Schang schnell vorbei. Aber erst im September 1946 kam er aus der Sowjetunion zurück nach Deutschland. Schang verbrachte von allen Celler Kommunisten die längste Zeit in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Das Urteil gegen ihn wurde 1950 aufgehoben.

Der andere Stolperstein wird verlegt für Otto Elsner, den Vater von Gertrud Schröter, die einige unserer Leser:innen noch als engagierte Antifaschistin kennengelernt haben. Der 1888 geborene Otto Elsner kam nach Lehre zum Mauerer und Wanderschaft 1912 nach Celle, wo er heiratete und zwei Töchter bekam. 1919 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Celler KPD. Für die Partei wurde er 1919 in das Bürgervorsteherkollegium

(Stadtrat) gewählt, dem er bis 1933 angehörte.

Am 3. März 1933 wurde er auf offener Straße verhaftet und kam in das KZ Sonnenburg (bei Küstrin). Am 7. September 1933 wurde er entlassen. Im Oktober 1934 aber wurde er erneut verhaftet und in einem Hochverratsprozess zu 15 Monaten Zuchthaus verurteilt, die er in Celle absaß, von wo er nach Verbüßung der Strafe direkt in das KZ Esterwegen überführt wurde. Von da kam er ins KZ Sachsenhausen, von wo er am 6. Januar 1939 entlassen wurde. Nach dem Attentat von Georg Elser wurde er vom 9. November bis 9. Dezember 1939 im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Und zwei Tage nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er erneut ins KZ Fuhlsbüttel eingeliefert und am 9. September entlassen.



Nach dem Krieg übertrugen ihm die Briten das Dezernat für Wohnungs- und Siedlungswesen in der Stadtverwaltung. 1950 wurde er aus dem Dienst entlassen, wohl auch, weil er 1946 Vorsitzender der wiedergegründeten KPD wurde. Von 1946 bis 1953 gehörte er erneut dem Rat der Stadt Celle an. Bundesweit bekannt wurde er, weil er in einem Musterprozess bis zum Bundesverfassungsgericht - am Ende erfolgreich - um die Entschädigungsleistungen für seine Haftzeiten kämpfen musste, die im der Staat wegen seiner KPD-Mitgliedschaft versagen wollte. Darüber berichtete auch der SPIEGEL.

1956 wurde die KPD in der Bundesrepublik verboten. Nach der Neugründung der Deuten Kommunistischen Partei (DKP) im Jahr 1968 schloss sich Elsner dieser sofort wieder an. Er starb am 1. Dezember 1975 im Alter von 87 Jahren.

Seine Tochter Gertrud hat sich in den 1980er Jahren vergeblich dafür eingesetzt, dass in Celle eine Straße nach Otto Elsner benannt wird. Der Stolperstein wird vor dem ehemaligen Wohnhaus von Elsner in der Hattendorfstraße 22 verlegt.

Ausführliche Informationen zum kommunistischen Widerstand finden sich im Buch von Reinhard Rohde und Tim Wegener (»... melde ich mich hiermit als von den Nazis Geschädigter ...« Frühe Berichte von der Verfolgung in Celle).

Das Foto links zeigt ein Titelblatt einer Zeitschrift der Celler KPD aus dem Jahr 1932; das Bild oben rechts zeigt Otto Elsner im Jahr 1946.

Stoppt die CO₂-Bepreisung die Klimakatastrophe?

„Wir setzen auf einen steigenden CO₂-Preis als wichtiges Instrument, verbunden mit einem starken sozialen Ausgleich und werden dabei insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen unterstützen. Was gut ist fürs Klima, wird günstiger – was schlecht ist, teurer.“ Im Koalitionsvertrag zeigen sich die „Ampel“-Parteien so von der marktwirtschaftlichen CO₂-Bepreisung überzeugt, dass sie ihn mit einem Superlativ versehen (wichtigstes Instrument). Auch viele Klimaaktivist:innen folgen dieser Einschätzung.

Dass allerdings ausgerechnet der freie Markt via CO₂-Bepreisung vor der Klimakatastrophe retten soll, zeugt von einem merkwürdigen Vertrauen. Haben nicht gerade die dem Kapitalismus innewohnende Wachstumslogik und Marktmechanismen einen bedeutenden Anteil an der stetigen Erhöhung von Treibhausgasen in der Atmosphäre?

Ein Klimaschutz vortäuschendes Feigenblättchen

Die derzeitige CO₂-Bepreisung in Deutschland, von 25 Euro/t bis 2025 auf 55 Euro/t steigend (und das soll laut Koalitionsvertrag auch so bleiben), ist nur ein Klimaschutz vortäuschendes Feigenblättchen. Eine durchschlagende Wirkung wäre wohl nur zu erzielen, wenn es eine den tatsächlichen Schäden entsprechende CO₂-Bepreisung gäbe. Sogar das systemimmanente Umweltbundesamt UBA erklärte 2019, dass die CO₂-Bepreisung eigentlich bereits 2016 mit 180 Euro/t hätte beginnen und bis 2030 auf 205 Euro/t gesteigert werden müssen. Andere meinen, dass im Sinne internationaler Klimagerechtigkeit sogar eine Steigerung auf 600 Euro/t nötig wäre, wenn das schon fast „verbrauchte“ CO₂-Budget Deutschlands berücksichtigt würde.

Doch solch rigorose Bepreisung würden den Gesetzen freier Marktwirtschaft folgend nur bewirken, dass die Unternehmen an Standorte ausweichen, wo es billiger ist, und nicht mehr in Deutschland produzieren. Oder es würde, wie die Einführung des Dualen Abfallsystems zeigt, ein Geschäft daraus: Die Auflage, dass beim In-den-Handel-Bringen von Einwegverpackungen Abgaben an den *Grünen Punkt* bezahlt werden müssen, stärkte eben nicht die Mehrweg-Systeme, sondern schwächte sie. Produktion und „Entsorgung“ von Kunststoffverpackungen wurde zu einem von Jahr zu Jahr steigenden Milliardengeschäft (in 2018 z.B. 35 Mrd. Euro Kunststoffverpackungsproduktion und 5 Mrd. Euro „Entsorgungs“-Geschäft in Deutschland). Hier konnten und wollten die Unternehmen einmal nicht auswandern, sondern sie haben aus der Abfall-Bepreisung ein florierendes, die Umwelt und das Klima schädigendes Geschäft gemacht. (Stattdessen wäre

ein Pflicht-Mehrwegsystem und damit die Müllvermeidung eine wirksame, allerdings nicht marktwirtschaftliche Lösung gewesen.)

Sind Abgaben auf importierte nicht CO₂-bepreiste Waren und Rohstoffe eine Lösung?

„Wenn auf alle Waren und Rohstoffe aus Ländern ohne adäquate CO₂-Bepreisung beim Import nach Deutschland eine Ausgleichsabgabe erhoben würde, würde sich die Produktionsverlagerung ins Ausland tatsächlich nicht mehr lohnen.“ So das auf den ersten Blick stimmige Standardargument gegen das sogenannte *Carbon Leakage*, die Unternehmensflucht vor einer wirksamen CO₂-Bepreisung. Die Realität läuft international aber eher in Richtung Ausweitung des Freihandels. Auch aus Sicht deutscher Wirtschaft und Politik steht das im Zentrum, denn Deutschland ist sowohl drittgrößter Importeur als auch Exporteur von Waren weltweit. Und selbst wenn eine deutsche Regierung eine weltweit wirksame Regelung zur CO₂-Bepreisung durchsetzen wollte, würde dies Jahrzehnte dauern, in denen uns die Klimakatastrophe längst überholt hätte. Was vorrangig nötig ist, sind sofort wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasen (THG) und keine symbolischen CO₂-Bepreisungen à la Ampelkoalition.

ETS Handel zeigt: CO₂-Bepreisung ist fast wirkungslos

Das European Union Emissions Trading System (ETS), eine erste Bepreisung für CO₂-Emissionen, wurde bereits 2005 von der EU eingeführt. Theoretisch sollten alle Industrieunternehmen und Energieerzeuger, die größere Menge an CO₂ emittieren (derzeit ca. 11.000 in der EU), eine Abgabe auf ihre CO₂-Emissionen zahlen. So sollten die Unternehmen angeregt werden, auf CO₂-mindernde Produktionsmethoden umzustellen. Das Ganze wurde ganz marktwirtschaftlich in Form handelsbarer Zertifikate geregelt. Die Unternehmen erwarben Emissionsrechte, die sie bei Nichtnutzung an andere Unternehmen verkaufen konnten. Reduziert ein Unternehmen also seine CO₂-Emissionen und verkauft überflüssige Zertifikate an ein anderes Unternehmen,



dann wird stattdessen dieses die „eingesparte“ CO₂-Menge emittieren. Verstärkt wurde dieser Effekt der Wirkungslosigkeit auch noch dadurch, dass aufgrund der Gefahr des sog. Carbon Leakage jene Unternehmen, die am meisten CO₂ emittieren (ca. 75% der Gesamtemissionen) kostenlose Zertifikate erhielten. Das führte dazu, dass die kostenlosen Zertifikate bei Wirtschaftsflauten in der einen Branche für wenig Geld an andere, gerade florierende Unternehmen verkauft wurden, die damit dann kostengünstig CO₂ emittieren konnten. Das führte dazu, dass bis 2019 der Preis für ETS-Zertifikate pro Tonne CO₂ durchschnittlich bei lediglich 10 Euro lag. Der eine Teil der Unternehmen zahlte also nichts für seine CO₂-Emissionen, und der andere zahlte es aus der Portokasse. Der ETS-Handel hatte bis 2018 keinen beschleunigenden Effekt auf die Energiewende. Der Grund: Kurz- und mittelfristig war der Erwerb von Zertifikaten wirtschaftlicher als Investitionen in CO₂-Minderungen.

Doch trotzdem kam es gerade bei florierenden Unternehmen zu einer Emissionsminderung in der Produktion. Insgesamt verdoppelte sich nämlich in den letzten 30 Jahren die Industrieproduktion in der EU bei gleichzeitiger Senkung der industriellen CO₂-Emissionen um ca. 30 %. Denn immer, wenn zur Ausweitung der Produktionskapazität und/oder zur Erhöhung der Produktivität die Industrieanlagen modernisiert oder neu zugebaut wurden, wurde sehr wohl auf Energieeinsparung geachtet. Denn Energie kostet viel Geld, was dann auch ohne zusätzliche Peanut-Zertifikate als Anreiz voll ausreicht. So hat z.B. der Chemie-Konzern BASF innerhalb von 30 Jahren seine Produktion weltweit verdoppelt und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß sogar halbiert.

Ab 2018 verringerte die EU allerdings die Ausgabe von ETS-Zertifikaten so, dass der ETS Preis auf 60 Euro/Tonne anstieg, was nun viele Unternehmen tatsächlich über Produktionsverlagerungen nachdenken lässt.

Trotz CO₂-Bepreisung mehr Kohlestrom in 2021

Bereits die letzte Bundesregierung hatte das seit Anfang 2021 geltende Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zur CO₂-Bepreisung auf fossile Brennstoffe eingeführt. Aufgrund seiner bei dieser Bepreisungshöhe (25 Euro/t) und einer für große Emittenten geltenden Carbon Leakage-Verordnung (siehe unten) bestand keine Gefahr einer allzu großen Wirkung auf die Wirtschaft. Deshalb waren sich im Bundestagswahlkampf fast alle einig, von den GRÜNEN über die SPD, CDU, FDP bis hin zu fast allen Wirtschaftsverbänden, dass diese Art von „moderater“ CO₂-Bepreisung ein wichtiges oder sogar das wichtigste Instrument einer Energiewende zu CO₂-Null sei.

Allerdings hat dann der freie Markt ganz anders agiert als prognostiziert. Statt dass nun – wie von den Ideologen freier Marktwirtschaft erträumt – gemächlich Jahr für Jahr der fossile Energieverbrauch gedrosselt würde, während gleichzeitig Erneuerbare Energie (EE) zugebaut würde, schnellten angesichts weltweit steigender Energienachfrage die Preise für Erdgas, Erdöl und Kohle in wenigen Monaten nach oben. Nach der „reinen Lehre“ sollten ja die Anfang 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung in Deutschland zu einer Verminderung des Kohlestroms führen, irrsinnigerweise wurde dank fehlendem EE-Zubau der Anteil fossiler Energieträger wie Kohle und Erdgas stattdessen wieder gesteigert. Und so übertrifft der Stromanteil aus Kohle in 2021 wieder den aus

Windkraftanlagen. Für die großen Energieversorger ist das kein Problem, sie stören weder die international gestiegenen Preise für fossile Energieträger noch die geringe CO₂-Bepreisung. Schließlich können sie die gestiegenen Preise problemlos an ihre Kund:innen weitergeben.

Carbon Leakage Verordnung macht für große Emittenten die CO₂-Vermeidung überflüssig

Während die seit Anfang 2021 wirkende CO₂-Bepreisung nach BEHG die Kosten für Heizung und Berufspendeln – bereits vor dem Boom am internationalen Markt – deutlich in die Höhe trieb, mussten sich Industrieunternehmen, die große Mengen an fossilen Brennstoffen verbrauchen, keine Sorgen machen. Aus Angst vor deren Abwanderung hat die Bundesregierung nämlich eine Carbon Leakage-Verordnung erlassen. Ein Regelwerk, das laut Einschätzung des „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (das eigentlich die CO₂-Bepreisung befürwortet), den größten CO₂-Emittenten bis zu 95% Rabatt gewährt. Sie müssen lediglich nachweisen, dass sie an einer CO₂-Minderung „arbeiten“. Die Wirkung der CO₂-Bepreisung auf alle wesentlichen Emittenten in der Wirtschaft bleibt also nahezu ohne Effekt, die Politik simuliert aber Geschäftigkeit.

CO₂-Bepreisung nach BEHG – ein unsoziales Feigenblatt

Die nach dem BEHG Anfang 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung bewirkte also, dass die Gas- und Öl-Preise für das Heizen und dass die Spritpreise deutlich ansteigen. Diese unsoziale Wirkung, so wird behauptet, könne durch Rückvergütungen an die Bürger:innen kompensiert werden.

Einen „starken sozialen Ausgleich“ verspricht der Koalitionsvertrag. Gegenüber den Forderungen z.B. von DGB und Paritätischer Wohlfahrtsverband nach einem „Ökobonus“ oder Rückvergütungen zumindest für einkommensschwache Haushalte, beweist die „Ampel“-Regierung lieber wirtschaftspolitischen „Realismus“: Erst zum 1. Januar 2023 soll die Finanzierung der EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms über den Strompreis abgeschafft werden, was dann erst in zwei Jahren den Strompreisanstieg etwas dämpfen dürfte. Außerdem will die Ampel das Wohngeld stärken, eine Klimakomponente einführen und kurzfristig einen einmalig (!) erhöhten Heizkostenzuschuss zahlen. Geld, was letztlich weder dem Klimaschutz noch den Einkommensschwachen zugutekommt, sondern über Miete, Strom und Heizung direkt in die Taschen der Energieversorgungsunternehmen und Immobilienkonzerne fließt.

Die Ampel-Regierung plant weiter, dass sich künftig auch die Vermieter:innen an dem Heizkostenaufschlag durch den CO₂-Preis beteiligen sollen. Mal angenommen, diese Beteiligung veranlasst sie tatsächlich zur energetischen Sanierung der Wohnungen, dann könnten sie die Kosten dafür voll auf die Mieter umlegen. Die Folge wäre dann in Konsequenz des neoliberalen „Sozialstaats“, nur noch mehr Mietkostenzuschuss in die Taschen der Vermieter:innen.

Klimaschutz – ein Privileg der Reichen?

Kein Wunder, wenn dieser Eindruck entsteht. Denn Gutverdiener:innen und von Kapitaleinkünften Lebende können sich ein „ökologisches Gewissen“ leisten, durch E-Pkws, Energiesparhäuser, Wärmepumpen, Ökourlaub usw. Und dazu kann der/die „grüne“ Reiche auch noch Förderzuschüsse und Steuererleichterungen als Extraprofit abgreifen. Dagegen werden bei Gering- und Normalverdiener:in-

nen zusätzliche Kosten für Klimaschutzmaßnahmen oft zur existenziellen Bedrohung. Denn selbst mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen gibt es für sie kaum Möglichkeiten auf klimafreundliche Alternativen auszuweichen. Wenn z.B. drei Stunden tägliche Fahrtzeit mit dem ÖPNV zum schlecht bezahlten Arbeitsplatz zumutbar sind, ist es kein Wunder, wenn stattdessen lieber der CO₂-emittierende Verbrennungsmotor-Pkw genutzt wird. Und auch z.B. Eigenheimbesitzer:innen mit Normalrente können sich eine energetische Sanierung mit den üblichen Förderzuschüssen in der Regel kaum leisten.

Lenkungsabgabe in der Schweiz – bedingt ein Vorbild

Die Schweiz besitzt seit 2008 ein CO₂-Bepreisungsmodell mit einer sozialen Umverteilungskomponente. Diese sogenannte „Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe“ (nicht Treibstoffe!) ist von 12 Schweizer Franken (11 Euro) pro Tonne CO₂ auf derzeit 96 Schweizer Franken (87 Euro) angestiegen. Die Summe der Abgaben wird zu zwei Dritteln an die Bürger:innen (pro Kopf) und an die Unternehmen (proportional zur Lohnsumme) zurückgezahlt, während der Staat ein Drittel für Gebäudesanierung einbehält. Die ärmeren Bürger:innen profitieren dabei stärker von den dadurch gesenkten Krankenkassenbeiträgen als die Reichen.

Denn je einkommensschwächer ein Haushalt ist, desto weniger CO₂ emittiert er. Und werden dann die Abgaben auf alle Köpfe gleich verteilt zurückerstattet, profitieren all jene Haushalte, deren Emissionen unter dem Mittelwert des CO₂-Ausstoßes liegen. So ist bei diesen Haushalten die Rückerstattung höher als der Preisaufschlag und es kommt zu einer Umverteilung „von oben nach unten“. Doch die Lenkungswirkung der Abgabe war praktisch Null und der Schweizer WWF erklärte 2019 die Energiepolitik der Schweiz im Gebäudebereich als gescheitert. Da die Erdöl- und Erdgaspreise am Weltmarkt seit 2008 bis 2019 tendenziell sanken, blieben die Verbraucherpreise inklusive gestiegener Lenkungsabgabe praktisch konstant. So wurden z.B. fast alle Ölheizungen (die Schweiz hat den weltweit höchsten Anteil) beibehalten. Eine Lenkungswirkung erzielten lediglich die staatliche Bezuschussung einer guten Gebäude-Dämmung. Und vor allem bewirkte der vergleichsweise niedere Strompreis unter 20 Cent/kWh, dass bei Neubauten Wärmepumpen zum Standard wurden. So hat die Schweiz im Gebäudebereich vor allem durch positive Anreize die CO₂-Emissionen um ca. 20 % senken können.

Gezielte Bepreisung könnte Wirkung zeigen

Durch gezielte Einschränkungen und Bepreisungen könnte einiges erreicht werden. Zur gedanklichen Anregung ein paar Beispiele:

Ein „kostenloses“ Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen würde nicht nur CO₂ einsparen, sondern den Erwerb leistungsstarker Autos als Viagra-Ersatz entlarven. Auch eine mit der Motorleistung exponentiell ansteigende Pkw-Steuer für Verbrenner und (!) E-Pkws würde den Bau Ressource fressender Boliden für die Pkw-Industrie uninteressanter machen. Und Reiche, die sich diese Protz-Pkws trotzdem leisten wollen, würden mit ihrer hohen Pkw-Steuer einen merklichen Beitrag zur Finanzierung von Klimaschutz leisten.

Auch im Bereich Flugverkehr würde die Einstellung der

Subvention aller 34 staatlich subventionierten, öffentlichen Flughäfen in Deutschland, die Anzahl auf ca. fünf Flughäfen schrumpfen lassen und so den CO₂-Ausstoß bzw. die energieintensive Erzeugung von „grünem“ Flug-Treibstoff erheblich mindern. Und die Besteuerung des Flugtreibstoffs und eine Steuer von z. B. 20% und mindestens 100 Euro auf jedes Flugticket würde ganz marktwirtschaftlich Geld in die Klimschutzkassen spülen und gleichzeitig Inlandsflüge auch ohne Verbot abschaffen.

Eine Erhöhung der LKW-Maut nach dem Verursacherprinzip – ein 40 t Lkw nutzt die Straße ca. 50000-mal stärker als ein Mittelklasse Pkw – würde den Güterverkehr ganz marktwirtschaftlich auf die Schiene zwingen und das für den Ausbau des Schienennetzes nötige Geld eintreiben.

Gestaffelte Stromtarife und billiger EE-Strom für CO₂-freie Anwendungen

Auch der Strompreis könnte sozialverträglich und den Klimaschutz fördernd reguliert werden. Ein für Privathaushalte nach Pro-Kopf-Verbrauch gestaffelter Strompreis, der bei Geringverbrauch z.B. nur 15 Cent/kWh beträgt, der aber für Vielverbrauch schnell auf 50 Cent/kWh und mehr ansteigt, würde einkommensschwache Haushalte entlasten und Geld in die Klimschutzkassen spülen. Auch könnte der Preis für (echten) EE-Strom von allen (!) Abgaben und Steuern befreit und auf unter 10 Cent/kWh gesenkt werden, wenn der EE-Strom im Privatbereich für CO₂-freies Heizen mit Wärmepumpen eingesetzt wird. Aber auch Unternehmen könnten durch positive Anreize sehr schnell in Richtung CO₂-Vermeidung gelenkt werden. Denn inklusive aller Steuern und Abgaben zahlen größere Gewerbekunden derzeit ca. 24 Cent/kWh und Industriekunden ca. 19 Cent/kWh. Deshalb müsste den Unternehmen, falls sie EE-Strom zu einem Energie einsparenden und gleichzeitig CO₂-freien Ersatz bislang CO₂-freisetzender Anwendungen einsetzen, der EE-Strom komplett von Steuern und Abgaben befreit ebenfalls für unter 10 Cent/kWh angeboten werden. Das würde die Energiewende auf Grundlage in diesem Fall sinnvoller staatlicher Regulierungen enorm beschleunigen. Und auf dieser Grundlage wäre auch die gleichzeitige CO₂-Bepreisung von fossilen Energieträgern zusätzlich beschleunigend. Diese günstigen Preise für EE-Strom sind prinzipiell möglich, da aufgrund von kostenlosem Wind und Sonne die Gestehungspreise für EE-Strom in Deutschland bei großen, neu zugebauten Anlagen je nach Standort zwischen ca. 4 Cent/kWh und 8 Cent/kWh liegen, also bereits gleichauf oder günstiger wären als fossiler Strom.

Also: Nichts gegen CO₂-Bepreisung, wenn sie zielgerichtet wirksam und von vorneherein sozial verträglich ist!



Konzerte & Kultur

Do., 03. Februar, 20,00

Elizabeth Lee & Martin Hauke „Rock & Roots from Austin/TX“

Kunst und Bühne, 19,00

Fr., 04. Februar, 18,00

Kultureller Abend der solidarischen Initiative Neuenhusen

Gerne kleine kulturelle Beiträge
(Lied, Gedicht, Geschichte, Sketch,...)
mitbringen

VHS Celle

Fr., 04. Februar, 19,00

Jazz Session mit Moritz Arning

Kunst und Bühne, Eintritt frei

Sa., 05. Februar, 20,00

Isaak Guderian

Kunst und Bühne, 19,00

Do., 10. Februar, 17,00

Ratssitzung

Exerzierhalle (und Rats TV)

Do., 10. Februar, 18,00

Arno Schmidt: Tina oder über die Unsterblichkeit » - Lesung mit Bernd Rauschenbach und Joachim Kersten

Bomann-Museum, 5,00

Fr., 11. Februar, 20,00

Text & Töne - Eine musikalisch-li- terarische Begegnung mit Bob Dylan – mit Stephan Bruhn und Matthias Schubert

Schlosstheater (Turmbuhne), 19,00

Do., 17. Februar, 15,30

Museums-Melange: Woldecken- mantel und Zuckersackbluse: Not macht erfinderisch » (Hilke Lang- hammer M.A.)

Bomann-Museum, 8,50 (inklusive
Kaffee & Kuchen)

Fr., 18. Februar, 20,00

The Blooze (mit Uli Wißmann)

Braugasthaus Mhlengrund, Wien-
hausen, Eintritt frei

Sa., 19. Februar, 20,00

Duo Michael Weston King „Coun- try Darkness – the Songs of Elvis Costello“

Kunst und Bühne, 19,00

So., 20. Februar, 11,30

Führung: Vom Wert der Kleidung (Hilke Langhammer)

Bomann-Museum (normaler Eintritt)

So., 20. Februar, 14,00 – 17,00

List-Café im Bunten Haus

Café & Kuchen bei Soul & Blues

Buntes Haus

Do., 24. Februar, 14,30

Kreistagsausschuss für Mobilität, Gebäudewirtschaft und Klima- schutz

Kreistagssaal

Fr., 04. März, 18,00

Kultureller Abend der solidarischen Initiative Neuenhusen

Gerne kleine kulturelle Beiträge
(Lied, Gedicht, Geschichte) mitbrin-
gen

VHS Celle

Fr., 04. März, 20,00

Heinz Rudolf Kunze - Solo

CD-Kaserne, Halle 10, ab 29,85

Fr., 04. März, 20,00

Snke Meinen - Konzertmusik, Jazz und Weltmusik auf der Gitarre

Beckmannsaal, 15,00

Sa., 12. März, 20,00

Licia Chery

„Dance Your Pain Away“

Kunst und Bühne, 19,00

Do, 17. März, 20,30

Jaimi Faulkner “Allen Keys & Bro- ken Bits”

Kunst und Bühne, 19,00

Fr., 18. März, 20,00

Die kleine Swingbrause

Kunst und Bühne, 15,00

Fr., 18. März, 21,00

Freedom Party

CD-Kaserne, 8,00

Sa., 19. März, 20,00

Ray Wilson and Band

CD-Kaserne, ab 31,80

So., 20. März, 11,30

Führung: Vom Wert der Kleidung (Susanne Fischer)

Bomann-Museum (normaler Eintritt)

Mi., 23. März, 17,00

Ratsausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr

Exerzierhalle

Do., 24. März, 18,30

Schwarze Spiegel - Lesung und Gespräch mit dem Zeichner Nicolas Mahler und Susanne Fischer

Bomann-Museum, 5,00

Do., 24. März, 19,30

Jarka Kubsova liest aus ihrem Ro- mandebt “Bergland”

Kunst und Bühne, 15,00

Sa., 26. März, 20,00

Josh Island "Love Don't Come Easy"

Kunst und Bühne, 19,00

Sa., 26. März, 19,30

Die Ellingtons

Kreistagssaal, 15,00

So., 27. März, 20,00

Vocaldente

CD-Kaserne, ab 21,90

Do., 31. März, 17,00

Ratssitzung

Exerzierhalle